

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Wenn aus Liebe rote Zahlen werden	1
„Patient“ deutsche Gesellschaft? Bericht von der Sektionsveranstaltung	5
Verluste an Lebensqualität im Alter vor allem immaterieller Art	7
Herausforderungen für die Lebensqualität in der gegenwärtigen Welt Kongressbericht	11
Nicht nur die Rente bestimmt das Einkommen im Alter	12
Workshopankündigung: „Zeitbudgetstudien - Informations- und Analysepotential für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung“	15
Call for Papers: Veranstaltungen der Sektion Soziale Indikatoren auf dem 32. DGS-Kongress in München	16

Wenn aus Liebe rote Zahlen werden

Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung

Durch hohe und steigende Scheidungsziffern werden immer mehr Familien mit spezifischen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert, die häufig aus Trennung und Scheidung entstehen - zumindest vorübergehend. Damit der Staat gezielte Hilfs- und Steuerungsangebote für den Personenkreis entwickeln kann, der hierdurch wirtschaftlich und sozial besonders gefährdet ist, benötigt er verlässliche Analysen und Datengrundlagen. Diese waren bisher im erforderlichen Umfang für die Bundesrepublik Deutschland nicht vorhanden. Aus diesem Grund hat das Bundesfamilienministerium ein mehrjähriges Forschungsprojekt über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung für Familien in Auftrag gegeben, dessen Ergebnisse nunmehr vorliegen¹.

Folgen einer Trennung für Männer und Frauen unterschiedlich?

Viele Gründe sprechen dafür, dass die ökonomischen Konsequenzen von Trennung und Scheidung für Männer und Frauen unterschiedlich ausfallen:

- Wenn Kinder zu versorgen sind, dann ist der Einkommensbedarf des betreuenden Elternteils höher, und das ist in den meisten Fällen die Mutter. Gleichzeitig sind die Erwerbsmöglichkeiten aufgrund der Kinderbetreuung häufig beschränkt.
- Darüber hinaus ist das Risiko groß, dass der betreuende Elternteil nicht die Hälfte der Kinderbetreuungskosten vom jeweils anderen Elternteil erhält.
- Angesichts der immer noch bestehenden Geschlechterdisparitäten bei den Arbeitseinkommen partizipieren Frauen während der Ehe an den durchschnittlich höheren Einkommen der Männer. Nach der Trennung ist dieser „Einkommensvorteil“ wahrscheinlich nicht mehr gegeben, da der Ehegattenunterhalt in vielen Fällen nicht der ökonomischen Unterstützung entspricht, die sie während der Ehe von ihrem Partner erhalten haben.
- Schließlich sind Veränderungen des Vermögens, der Alterssicherungsansprüche sowie des Humankapitals, die beide Partner während einer Ehe erfahren, nur ungenau messbar und daher nach der Trennung schwer auszugleichen. Das gilt in besonde-

rem Maße für die „Gewinne“ und „Verluste“ von Humankapital.

Zusätzlich zu diesen Argumenten ist zu berücksichtigen, dass das Leben nach einer Trennung erheblich teurer ist, da der Unterhalt zweier getrennter Haushalte sehr viel höher zu veranschlagen ist als der Unterhalt eines gemeinsamen Haushalts. Von diesen verloren gegangenen Kostenvorteilen gemeinsamen Wirtschaftens sind allerdings beide Geschlechter negativ betroffen.

Es gibt eine Vielzahl empirischer Untersuchungen, die diese Thesen unterstützen. Die meisten Analysen wurden jedoch für einige ausgewählte nordamerikanische und europäische Länder durchgeführt². Der Kenntnisstand für die Bundesrepublik Deutschland ist dagegen erstaunlicherweise eher begrenzt. Darüber hinaus ist die weit verbreitete Annahme, Frauen würden durch Trennung und Scheidung verlieren, während Männer gewinnen, nicht unumstritten. So wurde beispielsweise in neueren Untersuchungen für die Vereinigten Staaten gezeigt, dass sich ganz erhebliche negative Konsequenzen für Männer ergeben, wenn die Unterhaltszahlungen dieser Männer und die Abhängigkeit der Familien von den gestiegenen Erwerbseinkommen der Frauen kontrolliert werden². Viele argumentieren auch, dass das Rechtssystem hinreichend viele Absicherungen beinhalte, um die meisten der genannten Risiken abzusichern und auf diese Weise Geschlechterparität herzustellen. Darüber hin-

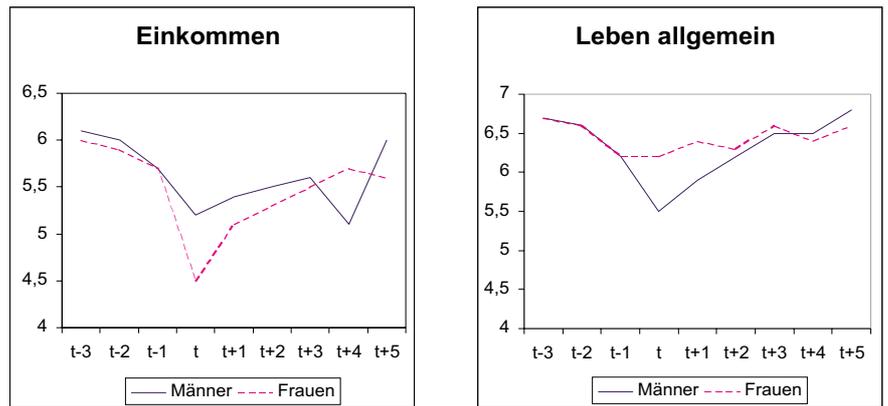
aus werden zwei Drittel aller Scheidungen in Deutschland von Frauen beantragt, und es ist schwierig nachzuvollziehen, warum gerade Frauen die Scheidungsimpulsierte ergreifen, wenn die ökonomischen Konsequenzen für sie so viel negativer sind als für ihre Partner.

Angesichts des begrenzten Wissens für die Bundesrepublik Deutschland hat das Bundesfamilienministerium eine umfassende Analyse der Daten des Sozio-ökonomischen Panels in Auftrag gegeben. Im Folgenden werden alle verheirateten Personen betrachtet, die sich innerhalb der Laufzeit des Panels, genauer gesagt: zwischen den Jahren 1984 und 1999, getrennt haben. An verschiedenen Stellen wird diese Untersuchungsgruppe mit anderen Personen verglichen, die ähnlich negative Ereignisse erlebt haben, z.B. den Tod eines Lebenspartners oder die Arbeitslosigkeit des Haupteinkommensbeziehers. Ziel dieses Vergleichs ist es, das Ausmaß der ökonomischen Konsequenzen von Trennung und Scheidung relativ zu anderen Risiken einzuschätzen. Da der deutsche Wohlfahrtsstaat ein institutionalisiertes System der Versicherung gegen verschiedene soziale Risiken beinhaltet, darunter die Versicherung gegen die finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit und denen des Todes für die Angehörigen, jedoch nicht gegen Scheidung, lässt sich vermuten, dass die ökonomischen Konsequenzen von Scheidung erheblich größer sind als die der anderen genannten Risiken. Da üblicherweise angenommen wird, dass ehespezifische Veränderungen des Humankapitals (z.B. durch eine unterbrochene Erwerbstätigkeit wegen der Kinderbetreuung) einer der wesentlichen Gründe für Geschlechterdisparitäten sind, werden zusätzlich nichteheliche Lebensgemeinschaften betrachtet, bei denen man aufgrund fehlender (ehe)vertraglicher Bindungen eine gleichberechtigtere Arbeitsteilung und dementsprechend geringere Unterschiede im Humankapital erwarten kann. Daher sollten die ökonomischen Konsequenzen einer Trennung für nichteheliche Lebensgemeinschaften sehr viel geringer sein als für Ehen.

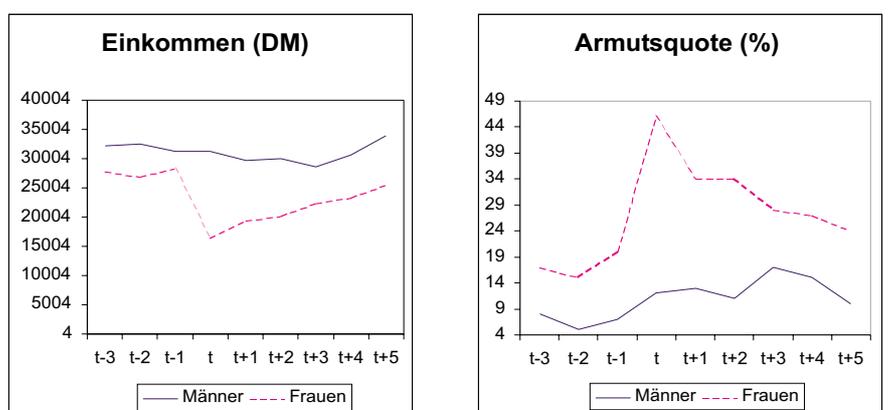
Mehrzahl der Scheidungen ist zwei Jahre nach der Trennung vollzogen

Es sei darauf hingewiesen, dass sich nur ein Teil (60%) der getrennten Ehepaare innerhalb des Untersuchungszeitraums auch tatsächlich scheiden lässt: 18% innerhalb des ersten Jahres nach der Trennung, 38% ein Jahr später und 29% zwei Jahre später. Die verbleibenden 15% benötigen dazu mehr als zwei und bis zu elf Jahren. Da sich jedoch die meisten wirtschaftlichen Veränderungen zum Zeitpunkt der Trennung ereignen, während die spätere Scheidung die eingetretenen Veränderungen „nur“ noch förmlich besiegelt, ist der Fokus auf Trennungen vertretbar. Verglichen mit den Personen, die im Untersuchungszeitraum verheiratet bleiben, sind verheiratete Personen, die sich trennen, jünger, etwas besser ausgebildet, häufiger erwerbstätig und sie leben häufiger zusammen mit Kindern in einem Haushalt.

Grafik 1a: Durchschnittliche Zufriedenheit vor und nach Trennung



Grafik 1b: Bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen und Einkommensarmut



Datenbasis: SOEP 1984 - 1999, eigene Berechnungen.

In einem ersten Untersuchungsschritt soll zunächst gefragt werden, ob Trennungen überhaupt einen Effekt auf die finanzielle Situation der Betroffenen haben. Diese Frage kann aus zwei verschiedenen Blickwinkeln beantwortet werden: 1. durch einen Vergleich verschiedener Indikatoren im Zeitablauf und 2. durch einen Vergleich der wirtschaftlichen Position verschiedener Gruppen und Lebensereignisse untereinander. Dazu werden verschiedene Indikatoren materieller und subjektiver Wohlfahrt betrachtet (vgl. Grafik 1).

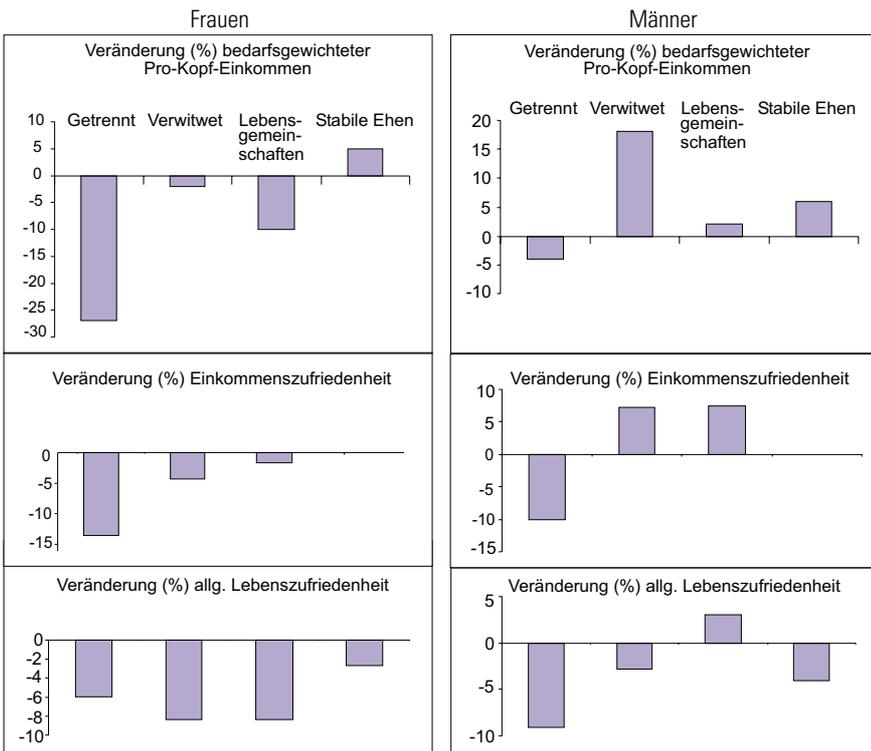
Frauen erfahren erhebliche Einkommensverluste nach der Trennung

Beide Geschlechter zeigen abnehmende Zufriedenheiten bis zum Jahr der Trennung: Bei den Männern ist insbesondere die Abnahme der allgemeinen Lebenszufriedenheit auffallend, bei den Frauen die Abnahme der Einkommenszufriedenheit. Während die allgemeine Lebenszufriedenheit in den folgenden Jahren sich für beide Geschlechter wieder dem Niveau während der Ehe annähert, nimmt die Einkommenszufriedenheit nur leicht zu, ohne das ursprüngliche Niveau während der Ehe wieder zu erreichen. Zusätzlich zu diesen beiden subjektiven Indikatoren wird das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen und die Armutsquote betrachtet³. Im Jahr der Trennung erfahren die Frauen eine ganz erhebliche Abnahme des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens, dessen Niveau sich auch in den

Folgejahren nicht wesentlich verbessert. Parallel dazu nimmt die Armutsquote der Frauen im Jahr der Trennung drastisch zu. Ähnlich krasse Einkommensveränderungen lassen sich für Männer nicht beobachten, deren Armutsquote nur wenig zunimmt.

Zusätzliche Belege finden sich in Grafik 2, in der Einkommen und Zufriedenheiten vor und nach dem jeweiligen Ereignis für verschiedene Gruppen miteinander verglichen werden. Für beide Indikatoren wird die prozentuale Veränderung vom Zeitpunkt zwei Jahre vor bis zum Zeitpunkt zwei Jahre nach dem Ereignis gemessen. Die Graphiken zeigen jeweils den Median dieser individuellen Veränderungsarten. Bei den bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen verliert also die Hälfte der verheirateten Frauen mit der Trennung mindestens 27% ihres früheren Pro-Kopf-Einkommens. Wie erwartet sind die Einkommensveränderungen weniger negativ, wenn sich ein nichtverheiratetes Paar trennt. Hier verliert die Hälfte der Frauen lediglich 10%. Selbst wenn der verheiratete Partner stirbt, erfährt die Hinterbliebene weniger negative Einkommensveränderungen (nämlich 2% im Median). Einkommensmobilität existiert natürlich auch in stabilen Ehen. Einige dieser Einkommensveränderungen sind negativ, z.B. dann, wenn ein Partner arbeitslos wird. Aus den vorliegenden Panelinformationen der stabilen Ehen wurde ein Jahr t zufällig ausgewählt und ähnlich wie in den anderen Gruppen die Einkommenspo-

Grafik 2: Veränderungen für verschiedene Gruppen und Lebensereignisse



Datenbasis: SOEP 1984 - 1999, eigene Berechnungen.

sition zwei Jahre vor mit der ein Jahr nach t verglichen. Dabei zeigt sich, dass ein Viertel aller stabilen Ehen Einkommensverluste von 8% und mehr erfährt (nicht in der Grafik ausgewiesen). Aber mehr als die Hälfte dieser stabilen Ehen erlebt positive Veränderungen von mindestens 5% (vgl. Grafik 2). Verglichen mit diesen Veränderungen ist der negative Einkommenseffekt von Trennungen für Frauen beachtlich. Betrachtet man die Veränderungen in den beiden Zufriedenheitsindikatoren, dann zeigen sich auch hier negative Veränderungen in besonderem Maße für verheiratete Paare, die sich trennen. Ihre Einkommenszufriedenheit nimmt um durchschnittlich 14% bei den Frauen und 10% bei den Männern ab. Ähnlich negative Entwicklungen beobachtet man für die allgemeine Lebenszufriedenheit. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass verwitwete Frauen und Frauen, die sich von ihrem nichtverheirateten

Lebenspartner trennen, ähnlich verringerte Zufriedenheitswerte äußern.

Trennung lässt auch Lebenszufriedenheit sinken

Zusammengefasst lautet das Ergebnis dieses ersten Untersuchungsschrittes: Eine Trennung hat signifikante Einflüsse auf die materielle Wohlfahrt verheirateter Personen, die verglichen mit Trennungen in anderen Partnerschaftsformen bzw. mit anderen Lebensereignissen wie z.B. dem Tod des Lebenspartners oder Einkommensveränderungen in stabilen Ehen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorrangig negativer Natur sind. Diese negativen Veränderungen werden begleitet von verringerten Zufriedenheiten mit dem Lebens insgesamt und insbesondere mit dem Einkommen, wobei allerdings zu bemerken ist, dass die Veränderungen

dieser subjektiven Indikatoren weniger auffällig sind, insbesondere für Frauen, wie später noch zu diskutieren sein wird.

Nachdem die Effekte von Trennungen im Allgemeinen gezeigt wurden, sollen nun in einem zweiten Schritt mögliche Geschlechterdisparitäten diskutiert werden. Einige der dazu herangezogenen Daten sind bereits in den beiden vorherigen Grafiken betrachtet worden. Sie sollen jetzt jedoch weiter differenziert werden, um die Varianz der Veränderungen materieller und subjektiver Wohlfahrt zu demonstrieren. Tabelle 1 zeigt den Median der bedarfgewichteten Pro-Kopf-Einkommen zwei Jahre vor und ein Jahr nach der Trennung. Neben dem Median-Einkommen wurde wie zuvor in Grafik 2 die individuelle Veränderung des bedarfgewichteten Pro-Kopf-Einkommens in Prozent berechnet. Die Tabelle zeigt das erste Quartil (Q1), den Median (Me) und das dritte Quartil (Q3) der Verteilung dieser individuellen Veränderungsdaten.

Insgesamt haben Frauen, was die verfügbaren bedarfgewichteten Pro-Kopf-Einkommen betrifft, größere Verluste hinzunehmen als Männer (vgl. Zeile 1 in Tabelle 1). Das Einkommen der Frauen beträgt nach der Trennung nur 2/3 des Einkommens der Männer. Mehr als die Hälfte aller Frauen verliert mindestens 27% ihres Einkommens vor der Trennung. Wenn man die Quartile und den Median dieser individuellen Veränderungen zwischen Männern und Frauen vergleicht, dann stellt man zusätzlich fest, dass mehr Frauen als Männer verlieren und dass die Einkommensverluste für die Frauen sehr viel gravierender ausfallen als für die Männer.

Umverteilung von Einkommen für Frauen existenziell wichtig

Auch wenn diese Geschlechterdisparitäten bereits erheblich sind, ist festzustellen, dass sie noch sehr viel gravierender ausfallen würden, wenn die Effekte der Besteuerung sowie der privaten und öffentlichen Umverteilung von Einkommen nicht existieren würden. Um diese Umverteilungseffekte zu beschreiben, wird der Entstehungsprozess der verfügbaren

Tabelle 1: Auswirkungen privater und staatlicher Umverteilung und der Wohnkosten auf die Veränderung der bedarfgewichteten Pro-Kopf-Einkommen nach der Trennung (Median und Quartile)

Einkommenskonzept	Männer					Frauen				
	t-2	t+1	Individuelle Veränderung			t-2	t+1	Individuelle Veränderung		
	Median DM	Median DM	Q1 %	Me %	Q3 %	Median DM	Median DM	Q1 %	Me %	Q3 %
Verfügbare Einkommen (Abb. 2)	31 193	29 990	-26	-4	+27	28 519	19 919	-42	-27	-1
Umverteilungsprozess										
1. Markteinkommen	39 804	47 253	-24	+7	+69	37 116	17 861	-83	-46	0
2. Modifiziertes Markteinkommen	31 127	32 382	-21	+4	+48	26 382	15 960	-80	-41	-1
3. Eink. nach priv. Umverteilung	30 276	29 084	-35	-6	+30	26 003	17 550	-69	-34	0
4. Eink. nach staatl. Umverteilung	31 193	29 990	-26	-4	+27	28 519	19 919	-42	-27	-1
5. Eink. abzügl. Wohnkosten	25 749	23 717	-29	-11	+40	23 584	15 629	-55	-33	+5

Datenbasis: SOEP 1984-1999, eigene Berechnungen.

Einkommen in vier Umverteilungsschritte aufgelöst: 1. Einkommensentstehung (Markteinkommen), 2. Besteuerung (modifizierte Markteinkommen), 3. private Umverteilung inkl. Unterhaltszahlungen (modifizierte Markteinkommen nach Umverteilung zwischen Privathaushalten), 4. Transferleistungen des Sozialstaates inkl. Leistungen der Sozialversicherung (modifizierte Markteinkommen nach privater und staatlicher Umverteilung). Auf der vierten Stufe des Umverteilungsprozesses ergeben sich die bisher (Grafik 1 und 2) betrachteten so genannten verfügbaren (bedarfsgewichteten) Pro-Kopf-Einkommen.

Durch einen Vergleich der sich auf jeder dieser vier Stufen ergebenden bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen lassen sich die Umverteilungseffekte abschätzen. Wie man in Tabelle 1 anhand der Quartilswerte sieht, werden durch die private und staatliche Umverteilung die finanziellen Gewinne der Männer in der Spitze begrenzt (s. drittes Quartil) und umgekehrt die finanziellen Verluste der Frauen abgedämpft (s. erstes Quartil). Gehört bei den Markteinkommen und bei den durch Besteuerung modifizierten Markteinkommen noch mehr als die Hälfte der Männer zu den Gewinnern (Median: 7% bzw. 4%), zählen

nach der privaten Umverteilung mehr als die Hälfte der Männer zu den Verlierern (Median: -6%). Zu leistende Unterhaltszahlungen an Kinder und Ehepartner stellen demnach eine relativ große finanzielle Belastung für Männer dar. Teilweise werden diese finanziellen Verluste durch die staatlichen Transfers wieder ausgeglichen, so dass auf der vierten Stufe des Umverteilungsprozesses, wie bereits in Grafik 2 angegeben, Gewinner und Verlierer sich in etwa die Waage halten (Median: -4%).

Bei den Frauen ist hingegen eine kontinuierliche Verbesserung der Situation zu beobachten. Während die Hälfte der Frauen 46 und mehr Prozent auf der Ebene der Markteinkommen nach der Trennung verliert, sind es nach privater und staatlicher Umverteilung „nur“ noch 27 und mehr Prozent (vgl. jeweils den Median). Die private Umverteilung wirkt sich dabei allerdings nur geringfügig aus (nach privater Umverteilung liegt der Median immer noch bei -34%). Erst durch die staatliche Umverteilung wird der weitaus größere Teil der negativen wirtschaftlichen Folgen aufgefangen. Unterhaltszahlungen, die in den Prozess der privaten Umverteilung fallen, scheinen demnach keine Beibehaltung des Lebensstandards wie zu Ehezeiten sichern zu können.

Auch die staatliche Umverteilung sorgt nur dafür, dass hohe finanzielle Verluste abgemildert nicht aber aufgehoben werden.

Große Kluft zwischen den berechtigten Ansprüchen und den tatsächlichen Zahlungen

Dass der Anteil privater Transfers entsprechend aufgestockt werden kann, muss aufgrund der Unterhaltspraxis bezweifelt werden, die in einer getrennten Repräsentativbefragung geschiedener Männer und Frauen aus den Jahren 1995 bis 2000 näher untersucht wurde.⁴ Zwei Drittel der Frauen, die einen Anspruch auf Trennungsunterhalt haben, erhalten keine Zahlungen (vgl. Tabelle 2). Bei den wenigen unterhaltsberechtigten Männern sind die Zahlen noch viel schlechter: Nur etwa jeder zehnte unterhaltsberechtigte Mann erhält entsprechende Zahlungen. Nicht ganz so dramatisch ist die Situation beim Kindesunterhalt: Nur etwa ein Viertel der großen Zahl Kindesunterhaltsberechtigter Frauen, aber ca. vier Fünftel der eher kleinen Zahl Kindesunterhaltsberechtigter Männer erhalten keinen Kindesunterhalt. Rechnet man jedoch die Fälle mit unregelmäßigen und/oder unvollständigen Unterhaltszahlungen bei den Frauen hinzu, steigt der Anteil mit unzureichenden Kindesunterhaltszahlungen auf fast die Hälfte aller berechtigten Frauen. Unabhängig von der Höhe der Unterhaltszahlungen ist also bereits auf der Ebene der Berechtigungen festzustellen, dass in einer großen Zahl von Fällen, insbesondere beim Ehegattenunterhalt, berechtigte Ansprüche nicht eingelöst werden. Dabei ist die große Mehrheit der Pflichtigen, so die Ergebnisse der Repräsentativbefragung, zumindest prinzipiell leistungsfähig. Wie weit sie mit ihrem Einkommen den Selbstbehalt überschreiten, konnte mangels entsprechender Daten jedoch nicht genau überprüft werden. Die tatsächlich geleisteten Zahlungen sind jedenfalls nicht besonders hoch: Die Hälfte der Geschiedenen, die Trennungs- oder Ehegattenunterhalt empfangen haben, erhielt Zahlungen von weniger als 750 DM pro Monat. Die Hälfte der Kindesunterhaltszahlungen betrug weniger als 350 DM pro Monat und Kind.

Zusammenfassend kann man daher mit Blick auf die Einkommenssituation feststellen, dass Trennungen sehr viel negativere Effekte für Frauen als für Männer haben, die im Übrigen nicht durch private Transfers ihrer früheren Ehemänner kompensiert werden, obwohl diese Transfers das Einkommen der Männer in signifikanter Weise reduzieren. Die Einkommenslücke der Frauen muss durch öffentliche Transfers gefüllt werden. Ein weiterer Aspekt kommt hinzu, wenn man die Effekte der Wohnungsmobilität im Zusammenhang mit einer Trennung einbezieht und bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen abzüglich der Wohnungskosten betrachtet (vgl. Tabelle 1, letzte Zeile). In diesem Fall erfährt eine deutliche Mehrheit beider Geschlechter erhebliche Verluste des verfügbaren Einkommens. Insbesondere für die Frauen sind sie jedoch dramatisch: Die Hälfte von ihnen verliert mindestens ein

Tabelle 2: Zahlung von Kindes- und Trennungsunterhalt aus Sicht der Unterhaltsberechtigten (Spaltenprozent)

	Frauen			Männer		
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt
Unterhalt für den Ehepartner in der Trennungszeit (alle Befragten)						
N	511	257	768	494	247	741
davon:						
Berechtigte	78	68	76	12	18	13
davon:						
mit regelmäßigem und vollständigem Empfang von Trennungsunterhalt	30	16	28	10	6	9
mit unzureichendem ^{a)} Empfang von Trennungsunterhalt	9	8	9	4	/	4
ohne Empfang von Trennungsunterhalt	63	76	65	85	94	87
Kindesunterhalt in der Trennungszeit (nur Befragte mit minderjährigen Kindern)						
N	276	160	436	237	150	387
davon:						
Berechtigte	95	96	95	23	24	23
davon:						
mit regelmäßigem und vollständigem Empfang von Kindesunterhalt	55	46	54	12	20	14
mit unzureichendem ^{a)} Empfang von Kindesunterhalt	20	19	20	2	/	2
ohne Empfang von Kindesunterhalt	24	35	26	85	80	84

Datenbasis: Repräsentativbefragung Geschiedener.

Anmerkungen: a) Zahlungen, die unregelmäßig und/oder nicht in der vereinbarten Höhe erfolgen.

Drittel ihrer bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen vor der Trennung. Neben diesen durchschnittlichen Entwicklungen der Pro-Kopf-Einkommen ist jedoch die große Varianz der Veränderungen zu beachten. Nicht alle Männer verzeichnen ökonomische Gewinne und nicht alle Frauen verlieren.

Unterschiedliche Veränderungen der Lebenszufriedenheit zwischen den Geschlechtern

Abschließend soll noch die Frage angesprochen werden, ob sich die negativen ökonomischen Entwicklungen in gleichem Maße im subjektiven Wohlbefinden der betroffenen Individuen niederschlagen. Verglichen mit der früheren Ehe und mit anderen Partnerschaftsformen erfahren Männer wie Frauen, die sich von ihren Ehepartnern trennen, eine Verschlechterung des subjektiven Wohlbefindens bis zum Zeitpunkt der Trennung, das sich dann in den folgenden Jahren graduell verbessert, jedoch im Fall der Einkommenszufriedenheit nicht mehr das Niveau während der Ehe erreicht (vgl. Grafik 1). Aus der Perspektive möglicher Geschlechterdisparitäten erkennt man, dass der negative Trend für Frauen vor allem bei den Einkommenszufriedenheiten zu beobachten ist, während er bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit nicht ganz so auffällig ist. Diese Beobachtungen reflektieren die zuvor beschriebenen Verluste bei den bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen, während die eher moderaten Veränderungen bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit darauf hinwei-

sen, dass für die Frauen die Dinge doch nicht so schlecht stehen, wie die Einkommensverluste nahe legen. Männer auf der anderen Seite sind in der Beeinträchtigung ihres subjektiven Wohlbefindens sehr viel stärker betroffen, wenn man die allgemeine Lebenszufriedenheit betrachtet, wobei ihre Einkommenssituation sich nicht in dem Maße verschlechtert hat wie die Einkommenssituation ihrer früheren Ehefrauen. Dementsprechend ist der bei Männern feststellbare Rückgang der Einkommenszufriedenheit nicht ganz so groß wie bei den Frauen.

Diese subjektiven Indikatoren bestätigen, dass die negativen Veränderungen im Pro-Kopf-Einkommen der Frauen kein methodisches Artefakt sind. Die Tatsache jedoch, dass diese negativen Konsequenzen von Trennungen für Frauen sich nicht in gleichem Maße in den Messungen allgemeiner Lebenszufriedenheit niederschlagen, deutet darauf hin, dass andere Aspekte ihrer Lebenssituation sich durch die Scheidung verbessert haben.

- 1 Andreß, Hans-Jürgen; Borgloh, Barbara; Güllner, Miriam; Wilking, Katja, 2003: *Wenn aus Liebe rote Zahlen werden. Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- 2 McManus, Patricia A.; DiPrete, Thomas A., 2001: *Losers and winners: the financial consequences of separation and divorce for men*. *American Sociological Review* 66: 246-268.
- 3 *Ersteres ist definiert als Quotient aus Haus-*

haltseinkommen und Quadratwurzel der Haushaltsgröße, letztere als Anteil der Personen, deren bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen weniger als die Hälfte des west- bzw. ostdeutschen Durchschnitts betragen.

- 4 *Die Grundgesamtheit der Untersuchung besteht aus allen deutschsprachigen Personen, die in den Jahren 1995 bis 2000 geschieden wurden. Insgesamt sollte die Stichprobe 1.500 Personen umfassen, die zu gleichen Teilen aus Männern und Frauen bestehen sollte, von denen 1.000 aus den alten und 500 aus den neuen Bundesländern stammen sollten. Dabei sollte pro geschiedenem Paar lediglich ein Partner befragt werden. Als Auswahlverfahren wurde eine Quotenstichprobe mit Adressenvorerhebung und Vorankündigung und anschließendem persönlich-mündlichen Interview gewählt. Die Quoten wurden anhand der Scheidungsstatistik des Statistischen Bundesamts bestimmt, die getrennt für die alten und neuen Bundesländer die Anzahl der Scheidungen nach Scheidungsjahr, Ehedauer und Anzahl der Kinder aus der Ehe ausweist. Die eigentliche Auswahl der Befragungspersonen erfolgte durch den Interviewerstab des beauftragten Befragungsinstituts. Die Interviews wurden von Dezember 2000 bis Januar 2001 durchgeführt. Insgesamt konnten 1.516 Personen befragt werden.*

■ **H.J. Andreß, Universität zu Köln**
Tel. 0221/470-3373
hja@wiso.uni-koeln.de

„Patient“ deutsche Gesellschaft?

Diagnosen und Befunde der empirischen Sozialforschung

Ob es sich bei der deutschen Gesellschaft tatsächlich - wie in der Presse, aber auch in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen häufig behauptet - um eine Patientin, vielleicht sogar eine chronisch erkrankte, um eine „eingebildete Kranke“ oder um eine im Vergleich zu anderen relativ „gesunde“ Gesellschaft handelt, stand im Vordergrund der Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren, die in Kooperation mit der Abteilung Ungleichheit und soziale Integration des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) am 11. und 12. Dezember 2003 in Berlin stattfand. Dort trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der empirischen Sozialforschung, die Ergebnisse der systematischen Gesellschaftsbeobachtung austauschten und diskutierten.

Nach der Begrüßung und Einführung durch den Sektionssprecher Heinz-Herbert Noll (ZUMA) eröffnete Ronald Schettkat (Universität Utrecht und Russell Sage Foundation) mit seinem Vortrag über „Institutionen und beschäftigungsloses Wirtschaftswachstum - der deutsche Arbeitsmarkt in internationaler Perspektive“ die Veranstaltung. In seinem Vergleich zwischen Deutschland und den USA

wies er u.a. auf die Unterschiede bezüglich der Position von erwerbstätigen Frauen im Arbeitsmarkt hin. Während Frauen in den USA als neue Hochlohngruppe eine wichtige Rolle spielen, seien Frauen in Deutschland unverändert in diesem Bereich kaum anzutreffen. Demzufolge steige in den USA die Auslagerung von Haushaltsproduktion und damit die Nachfrage nach Dienstleistungen außerhalb des Haushalts, wohingegen solche Prozesse der „Marketization“ in Deutschland nicht stattfänden. Wichtige Impulse - auch für den Arbeitsmarkt - erwartet sich Schettkat von einer verstärkten Akademisierung der Frauen in Deutschland.

Anschließend stellte Wilhelm Heitmeyer (Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung) Auszüge aus dem zweiten Teil des umfangreichen Projekts „Deutsche Zustände“ mit seinem Vortrag zu „Desintegration - Ein theoretisch und empirisch relevantes Thema sozialwissenschaftlicher Gegenwartsdiagnose“ vor, das am gleichen Tag im Rahmen eines Informationsgesprächs mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse der Öffentlichkeit präsentiert worden

war. Heitmeyer beschäftigte sich mit den Begriffen Integration und Desintegration, zu denen im Forschungsverbund unterschiedliche Zugänge entwickelt wurden. Mit dem Konzept der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ und den sich manifestierenden Syndromen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Heterophobie, Etabliertenvorrechte und Sexismus wurde ein Instrumentarium entwickelt, das im Rahmen des Langzeitprojektes (2002-2011) zur Messung der gesellschaftlichen Integration/Desintegration dienen kann. In einem ersten Vergleich der Ergebnisse von 2003 mit denen des Vorjahres 2002 konnten Heitmeyer und sein Forschungsteam bereits eine leicht zunehmende Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft erkennen.

Dem Themenschwerpunkt wohlfahrtsstaatliche Versorgungssysteme widmeten sich die beiden nachfolgenden Beiträge von Hagen Kühn (WZB) und Ralf Himmelreicher (Verband deutscher Rentenversicherungsträger (VDR)). Kühn stellte die Frage „Ist die gesetzliche Krankenversicherung künftig nicht mehr finanzierbar? - Ein Blick auf die Daten“. Auf-

grund der empirischen Grundlagen stellte Kühn fest, dass seit über zwanzig Jahren der Anteil der Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) konstant geblieben sei, jedoch aufgrund der sinkenden Lohnquote die Beitragssätze angestiegen seien und diese Entwicklung häufig als „Kostenexplosion“ dramatisiert werde. Er kommt außerdem zu dem Schluss, dass die demographische Entwicklung ebenfalls zu Unrecht als „Dramatisierungsfaktor“ genutzt werde, da der Zusammenhang zwischen der Altersstruktur und den Ausgaben für das Gesundheitssystem/ BIP nicht zu Ausgabensteigerungen führen muss, die die Finanzierung der GKV gefährden. Die Erhöhung der Ausgaben in der Vergangenheit seien nur zu einem geringen Teil demographisch bedingt, sondern überwiegend system- und politikbedingt. Neuere Studien zeigten u.a., dass die sehr hohen Ausgaben im letzten Lebensjahr mit zunehmender Lebenserwartung nicht steigen, sondern eher fallen. Da die Produktivität personenbezogener Dienstleistungen nur in geringem Umfang erhöht werden kann, steige in allen Industrieländern ihr ‚relativer Preis‘ langfristig und linear an.

Himmelreicher (VDR) widmete sich der Frage „Vorsorgelücke oder Erfolgsrezept - Sozial- und verteilungspolitische Aspekte der Riester-Rente“ und stellte dar, wie sowohl die Anzahl der Versicherungsjahre als auch der Umfang der Entgeltpunkte zur Rentenhöhe beitragen. Dabei zeigte sich ein sehr heterogenes Bild vor allem hinsichtlich der Versorgungssituation von Frauen, die besonders im Westen durch Unterbrechungen der Erwerbsphase entstünden. Auch das Konzept der Riester-Rente gleicht dies nicht aus, denn von ihr profitieren Männer mehr als Frauen, und auch die privaten Vorsorgekonzepte böten keinen Ausgleich für diese Unterbrechungen. Somit könne von diesem Modell keine höhere Verteilungsgerechtigkeit erwartet werden.

Am darauf folgenden Tag bot Roland Habich (WZB) im ersten Vortrag des Vormittags „Eine lebenswerte Gesellschaft? Das Leben in Deutschland im Spiegel des Wohlfahrtssurveys“ einen Überblick darüber, wie mit Hilfe dieses Instruments sowohl die Wohlfahrtsentwicklung (auf individueller und gesamtgesellschaftlicher Ebene) als auch die Messung sozialen Wandels (Werte, Einstellungen und sozialstaatliche Veränderungen) analysiert werden können. Habich konnte feststellen, dass auf individueller Ebene weder eine Zunahme der Anomie noch eine Zunahme der Besorgnisssymptome zu erkennen sei. Auch seien keine Hinweise auf eine zunehmende soziale Spaltung wahrzunehmen. Die Zukunftserwartungen hinsichtlich des sozialen und wirtschaftlichen Systems seien allerdings vorwiegend als negativ einzustufen. Habich kam zu dem Schluss, dass bei einer relativ stabilen Sozialstruktur Sorgen um den Erhalt des bisher erreichten (hohen) Wohlstandsniveaus auszumachen seien, so dass er seinen Befund zum Zustand der deutschen Gesellschaft mit dem Schlagwort „Jammern auf hohem Niveau“ zusammenfasste.

Thomas Gensicke (Infratrest Sozialforschung) widmete sich dem Thema „Der ‚Patient‘ Deutschland und seine Institutionen. Wie sich die Bewertung öffentlicher Institutionen auf die Bewertung der Lebensqualität auswirkt.“ Dabei unterschied er grundsätzlich vier Regionen in Deutschland (Nord, Süd, Ost, West), wobei sich der Süden als die Region mit der am besten und der Osten als diejenige mit der am schlechtesten beurteilten Lebensqualität ausmachen ließen. Besonders hohes Vertrauen besaßen im Urteil der Befragten die Institutionen Polizei, Schulen, Bundeswehr und die Kommunalverwaltungen, wohingegen relativ wenig Vertrauen den Parteien und dem Bundestag ausgesprochen wurde. Gensicke diagnostizierte daraufhin, dass innerhalb der Gesellschaft Deutschland besonders das politische System als „Patient“ anzusehen sei.

Die Erweiterung auf eine internationale bzw. die europäische Perspektive vollzogen die beiden Referentinnen Regina Berger Schmitt (ZUMA) und Petra Böhnke (WZB). Regina Berger-Schmitt stellte die Frage „Wie gut oder schlecht lebt man Deutschland?“ und zeigte die Position Deutschlands für eine Vielzahl von Indikatoren aus zahlreichen Lebensbereichen auf. Dabei wurde deutlich, dass Deutschland nur selten in den extrem hohen oder extrem niedrigen Positionen vertreten war, sondern insgesamt im europäischen Vergleich eine mittlere Position einnahm, obwohl einzelne Bereiche sich durchaus von dieser Position abhoben. Hinsichtlich des Wohlstands allgemein, der Gesundheit und der Arbeitszufriedenheit erreichte Deutschland im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn höhere Bewertungen, wohingegen z.B. in den Bereichen des sozialen Kapitals oder der Einstellung gegenüber Ausländern in Deutschland negative Werte erreicht wurden. Somit schloss Berger-Schmitt, dass es in Deutschland am ehesten hinsichtlich der sozialen Beziehungen „kranke“.

Böhnke stellte in ihrem Vortrag „Der eingebildete Kranke? Integrationsdefizite und die Wahrnehmung sozialer Ausgrenzung in Deutschland aus europäisch-vergleichender Perspektive“ vor. Sie sprach dabei auch die befürchtete Spaltung der Europäischen Union durch die neuen Beitrittsländer an, wobei sie das bisher verwandte Konzept der „Verteilungsgerechtigkeit“ um das der „Zugehörigkeit“ erweiterte. Sie nahm außerdem für ihre Analysen eine Operationalisierung mit Hilfe der Begriffe soziale Ausgrenzung, Integration und Teilhabe vor. Für die Zukunft identifizierte sie für die „alten“ Mitgliedsstaaten die Arbeitsmarktintegration als zentrale Aufgabe, wohingegen für die Beitrittsländer die Armutsbekämpfung als vorrangiges Aufgabengebiet zu erkennen sei.

Am Nachmittag widmeten sich Kai Maaz, Olaf Köller, Rainer Watermann und Ulrich Trautwein (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung) dem Thema „Soziale Disparitäten im deutschen Bildungssystem: Die Öffnung von Bildungswegen als Lösungsweg?“. Dabei zeigten sie den Zusammenhang zwischen frühen Bildungsentscheidungen und der Nachhaltigkeit der Wirkung sozialer Disparitäten auf, dem dadurch entgegenengewirkt werden kann, dass Möglich-

keiten zur Korrektur dieser früheren Entscheidungen eingeräumt werden. In Baden-Württemberg geschieht dies z.B. durch die beruflichen Gymnasien, in denen besonders Kinder aus bildungsfernen Schichten die Gelegenheit nutzen, eine Hochschulreife zu erlangen. Diese Öffnung des Bildungssystems ermögliche somit aus ihrer Sicht die notwendige Mobilisierung von Bildungsreserven.

Thomas Elkeles und Gabriele Claßen (FH Neubrandenburg) gingen der Frage nach: „Ist oder wird Deutschland eine kinderfeindliche Gesellschaft? Sozioökonomische und soziokulturelle Einflussfaktoren auf die Fertilität“. Sie konnten bei einer Befragung von Schwangeren zu den erwarteten Veränderungen ihrer Situation durch die Geburt eines Kindes feststellen, dass mit zunehmender Kinderzahl auch zunehmende eigene Belastungen sowie Probleme mit dem Partner/ der Familie erwartet wurden. Ihre Empfehlungen richteten sich auf familienpolitische Entlastungen und die Gestaltung einer kinderfreundlichen Umwelt.

Die regionale Dimension der Gesellschaftsbeobachtung rückte bei Annette Spellerberg (Universität Kaiserslautern) mit ihrem Vortrag „Schrumpfende Regionen Westdeutschland: Abschied vom Leitbild gleichwertiger Lebensbedingungen?“ in den Vordergrund. Die Auswirkungen von Prozessen, wie Migration, Bevölkerungsrückgang oder Alterung, die regional sehr unterschiedlich ablaufen, führen dazu, dass gleichwertige Lebensbedingungen nur mit großem Aufwand und durch Investitionen in die Infrastruktur der marginalisierten Regionen erhalten werden können. Sie verglich beispielhaft einen wachsenden suburbanen Kreis mit einer schrumpfenden Industrieregion, um die Dimensionen der regionalen Disparitäten aufzuzeigen, wobei derzeit nicht nur große Stadt-Land-Differenzen und Unterschiede der Lebensbedingungen zwischen den Ortstypen in den neuen Ländern entstehen, sondern auch in den alten Ländern zu beobachten sind.

Insgesamt ergaben die empirischen Detailanalysen zum „Patienten“ deutsche Gesellschaft, dass das Niveau, auf dem diverse Klagen oder ein gewisses „Jammern“ wahrzunehmen ist, trotz alledem relativ hoch ist - vor allem im Vergleich zu anderen Ländern. Dennoch kann die deutsche Gesellschaft nicht als „symptomfrei“ bezeichnet werden, wobei vor allem hinsichtlich des sozialen Kapitals, der Integration bzw. Desintegration und der Bewertung des politischen Systems Schwachstellen aufgezeigt werden konnten. Die systematische Gesellschaftsbeobachtung mit ihren bewährten und ihren neu entwickelten Instrumenten bietet die Möglichkeit, diese Entwicklungen auch in langfristiger Perspektive zu analysieren und kritisch zu beleuchten.

■ Caroline Kramer, ZUMA

Tel.: 0621/1246-244

kramer@zuma-mannheim.de

Verluste an Lebensqualität im Alter vor allem immaterieller Art

Indikatoren zur Lebenssituation der älteren Bevölkerung

Die Lebensbedingungen und Lebensqualität der älteren Bevölkerung rücken um so stärker in den Mittelpunkt des Interesses, je größer der Anteil der Bevölkerung ist, der sich in dieser Phase des Lebenszyklus befindet und desto mehr Lebenszeit jeder Einzelne in der Phase des Ruhestands und des ‚Lebensabends‘ verbringt. Im Vergleich zu 1970 hat sich die weitere mittlere Lebenserwartung eines bzw. einer 60-Jährigen in Westdeutschland mittlerweile um rund fünf Jahre auf 24 Jahre bei den Frauen bzw. 20 Jahre bei den Männern verlängert. In Ostdeutschland ist die Lebenserwartung ebenfalls deutlich gestiegen und hat sich den westdeutschen Werten zunehmend angenähert. Die Beantwortung der Fragen nach der Qualität des Lebens im Alter im Allgemeinen sowie der Qualität der zusätzlich gewonnenen Jahre im Besonderen sind daher gerade auch für die Gesellschaftspolitik von wachsender Bedeutung. Das gilt zweifellos auch im Hinblick auf die gegenwärtige Diskussion über die Reform der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen, von denen unmittelbare Konsequenzen für die Lebenssituation der Rentner und ihrer Angehörigen zu erwarten sind. Das Leben im Alter und dessen Wandel wird darüber hinaus jedoch von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt, darunter z.B. von der ökonomischen Situation, der Entwicklung der medizinischen Behandlungsmöglichkeiten, Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten, aber nicht zuletzt auch von allgemeinen Trends des sozialstrukturellen Wandels, wie z.B. den Veränderungen der Haushalts- und Verwandtschaftsstrukturen, der zunehmenden Instabilität von Ehen oder auch dem räumlichen Strukturwandel.

Rasche Zunahme der Anteile von 1-Personen-Haushalten bei den über 65-Jährigen

Betrachtet man zunächst, wie sich die Altenpopulation auf die beiden Geschlechter verteilt, so zeigt sich, dass das Verhältnis bei den 60- bis 64-Jährigen noch ausgeglichen ist und sich kaum von der jüngeren Bevölkerung unterscheidet. Mit steigendem Alter verschiebt sich das Verhältnis aufgrund der differentiellen Lebenserwartung aber zunehmend zugunsten der Frauen, auf die 2002 rund zwei Drittel der 75- bis 79-Jährigen und sogar drei Viertel der 80-Jährigen und Älteren entfallen. Partnerschaft und Haushaltskonstellation sind zweifellos Faktoren, die das Leben im Alter entscheidend prägen und mit zunehmendem Alter drastischen Veränderungen unterworfen sind. Während rund drei Viertel der 60- bis 64-Jährigen mit einem Ehepartner zusammen leben, ist das bei den 75 bis 79-Jährigen nur noch bei knapp jedem Zweiten und bei den 80-Jährigen und Älteren gar nur noch bei jedem Vierten der Fall. Entsprechend nimmt der Anteil der Verwitweten mit steigendem Alter schnell zu (Tabelle 1). Der Anteil der Geschiedenen ist in der älteren Bevölkerung derzeit noch vergleichsweise gering, weist aber eine steigende Tendenz auf. Mit einem Partner unverheiratet zusammen leben offenbar nur sehr geringe Anteile der Altenbevölkerung. Die alterstypischen Veränderungen des Familienstandes und der Partnerschaftssituation manifestieren sich auch in der Größe der Haushalte und deren Veränderung mit steigendem Alter: Während sich der Anteil der 1-Personen-Haushalte bei den 60- bis 64-Jährigen mit rund 20% noch kaum vom Durchschnitt der jüngeren Bevölkerung unterscheidet, steigt der Anteil der 1-Personen-Haushalte über rund 45% bei den 75- bis 79-Jährigen auf fast zwei Drittel bei den

Gestützt auf ausgewählte Indikatoren untersucht der vorliegende Beitrag, wie sich die Lebenssituation und Lebensqualität im Alter im Vergleich zu der jüngeren Erwachsenenpopulation darstellen und über die Zeit verändern. Von besonderem Interesse ist zudem, wie sich Lebenssituation und Lebensqualität von jüngeren und älteren Alten unterscheiden. Der Focus der Betrachtung richtet sich auf verschiedene Aspekte von Haushalt und Partnerschaft, Lebensstandard und Mobilität, den Gesundheitszustand sowie das subjektive Wohlbefinden.

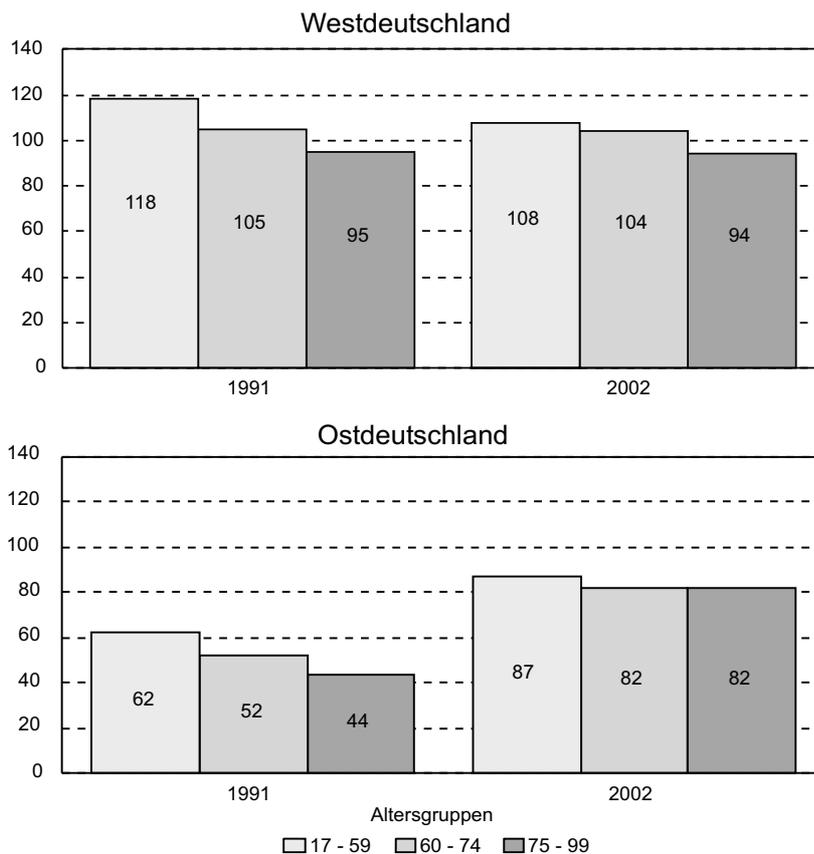
Die Analysen basieren auf verschiedenen Wellen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), wobei die aktuelle Befragung aus dem Jahr 2002 mit einer stärkeren Berücksichtigung von Fragen zur Gesundheit besonders im Mit-

telpunkt steht. Die fast auf eine Verdoppelung hinauslaufende Vergrößerung des Stichprobenumfangs des SOEP (28.892 Befragte) erlaubt es zudem, innerhalb der Altenpopulation stärker zu differenzieren als das bisher möglich war. Für die auf das Jahr 2002 bezogenen Analysen wird daher eine Altersklassifizierung verwendet, die innerhalb der Bevölkerung von 60 und mehr Jahren fünf Altersgruppen von jüngeren Alten, älteren Alten und Hochbetagten unterscheidet sowie die unter 60-Jährigen als Vergleichsgruppe umfasst. Aufgrund der geringeren Stichprobengröße bei den früheren SOEP-Wellen, muss für die auf Zeitvergleiche abzielenden Analysen eine weniger differenzierte, lediglich zwei Gruppen von Alten unterscheidende, Altersklassifikation (60-74 und 75-99 Jahre) verwendet werden.

Tabelle 1: Familienstand, Haushaltsgröße und Verfügbarkeit eines PKW nach Altersgruppen in Prozent (2002)

Alter	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	17-59	60-64	65-69	70-74	75-79	80-99	17-59	60-64	65-69	70-74	75-79	80-99
Familienstand												
Ledig	34	6	4	3	5	6	38	4	3	2	5	5
Verheiratet, zusammen lebend	54	73	68	65	49	26	49	74	71	62	45	22
Geschieden	10	12	8	7	6	7	12	12	10	7	7	9
Verwitwet	2	9	19	25	39	62	2	11	16	29	44	64
Haushaltsgröße												
Ein-Personen-Haushalte	18	21	27	30	45	64	16	20	25	32	46	73
2-Personen-Haushalte	27	62	61	63	51	31	28	65	69	65	53	24
3- und Mehrpersonen-Haushalte	55	17	12	7	5	5	57	14	6	3	2	3
PKW verfügbar												
Ständig	66	66	64	58	48	23	66	62	62	56	27	13
Zeitweise	14	11	7	6	4	6	10	10	4	4	4	2
Nein	21	23	29	36	48	72	24	29	35	41	69	84

Datenbasis: SOEP - eigene Berechnungen

Grafik 1: Relative Einkommensposition – Haushaltsäquivalenzeinkommen

Gesamtdeutsches Durchschnittseinkommen = 100
 Datenbasis: SOEP - eigene Berechnungen

über 80-Jährigen in Westdeutschland und sogar drei Viertel in Ostdeutschland. Drei- und Mehrpersonen-Haushalte bilden heute - bei abnehmender Tendenz - nur noch für eine Minderheit der Altenbevölkerung den Lebenskontext und spielen im höheren Lebensalter kaum noch eine Rolle.

Ältere Bevölkerung in Ostdeutschland von Einkommensentwicklung besonders begünstigt

Verwendet man die relative Einkommensposition, ein Maß, das das eigene Einkommen - berechnet als Haushaltsäquivalenzeinkommen¹ - in Prozent des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung zum Ausdruck bringt, als zusammenfassenden Indikator für den Lebensstandard, ergibt sich für die ältere Bevölkerung eine vergleichsweise günstige Situation²: Bezogen auf den Einkommensdurchschnitt der Bevölkerung in Gesamtdeutschland stellen sich die 60- bis 64-jährigen Westdeutschen mit einem Wert von 111% am günstigsten. Für die ältere Bevölkerung verschlechtert sich die relative Einkommensposition mit zunehmendem Alter geringfügig bis auf 90% bei den 80- bis 99-Jährigen, was wenigstens z.T. auf die geringeren Versorgungsansprüche von verwitweten Frauen zurückzuführen sein dürfte. In Ostdeutschland verfügen die 60-Jährigen und Älteren dagegen über alle Altersgruppen hinweg durchgängig über ca. 80% des gesamtdeutschen durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens. Ihre Einkommens-

position ist damit kaum schlechter als die der Erwachsenenbevölkerung der unter 60-Jährigen.

Die vorteilhafte Einkommenssituation der älteren Bevölkerung in Ostdeutschland kommt noch deutlicher zum Ausdruck, wenn man ihre relative Einkommenssituation am Durchschnittseinkommen der ostdeutschen Bevölkerung bemisst. Relativ zum ostdeutschen Durchschnitt erreicht das Einkommen der 60-Jährigen und Älteren sogar einen Wert von 97%. Eindeutig als Gewinner der Transformationsprozesse nach der deutschen Wiedervereinigung erweist sich die ältere ostdeutsche Bevölkerung, wenn man die relative Einkommensposition im Vergleich mit 1991 betrachtet: Damals erreichten die 60- bis 74-Jährigen 89% und die 75- bis 99-Jährigen lediglich 73% des durchschnittlichen ostdeutschen Äquivalenzeinkommens. Gemessen am gesamtdeutschen Durchschnittseinkommen haben sich die 60- bis 74-jährigen Ostdeutschen sogar von 52% auf 82% und die 75- bis 99-Jährigen von 44% auf 82% verbessert (Grafik 1). Aber auch in Westdeutschland hat die ältere Bevölkerung ihre relative Einkommensposition im Vergleich zu den jüngeren Altersgruppen im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte leicht verbessern können.

Die alltägliche Mobilität steht und fällt in hohem Maße - insbesondere außerhalb der Großstädte - mit der Verfügbarkeit über einen PKW. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, nimmt der Anteil derjenigen, die über keinen eigenen PKW

(mehr) verfügen und insofern in ihren Mobilitätsmöglichkeiten eingeschränkt sind, erwartungsgemäß mit steigendem Alter kontinuierlich zu, in Westdeutschland von rund 30% (Ostdeutschland 35%) bei den 65- bis 69-Jährigen auf etwa 50% (Ostdeutschland 69%) bei den 75- bis 79-Jährigen und über 70% (Ostdeutschland 84%) bei den 80-Jährigen und Älteren.

Mehr als in jeder anderen Phase des Lebenszyklus wird die Lebensqualität im Alter vom individuellen Gesundheitszustand und den aus physischen und psychischen Krankheiten resultierenden Beeinträchtigungen des Aktivitätspotentials und des subjektiven Wohlbefindens bestimmt. Dementsprechend messen ältere Menschen der Gesundheit auch subjektiv eine herausragende Bedeutung bei (Noll/Schöb 2002). Körperliche Gebrechen und dauerhafte Behinderungen, aber auch psychische Symptome nehmen in der Regel mit dem Alter zu und führen zu nachhaltigen Verschlechterungen der Lebenssituation in vielfacher Hinsicht, bis hin zur Pflegebedürftigkeit vor allem bei den Hochbetagten, von der in Westdeutschland 17% und in Ostdeutschland sogar 25% der Bevölkerung von 80 Jahren und darüber betroffen sind. Dass sich der Gesundheitszustand mit zunehmendem Alter im Allgemeinen verschlechtert, ist unbestreitbar, auch wenn der durch das Alter bedingte Anstieg der Gesundheitskosten offenbar geringer ist als vielfach angenommen und behauptet wurde³. Beide hier verwendeten Indikatoren der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen steigen mit dem Alter jedoch deutlich an (Tabelle 2): Der Anteil derjenigen, die angeben, in den letzten 3 Monaten einen Arzt aufgesucht zu haben, steigt von 76% bei den 60- bis 64-Jährigen auf 91% bei den 80- bis 99-Jährigen, beträgt aber lediglich 62% in der Vergleichsgruppe der jüngeren Bevölkerung. Ein ähnlicher Zusammenhang mit dem Alter ist festzustellen, wenn man die ‚Krankenhausaufenthalte im letzten Jahr‘ betrachtet, was auf etwa jeden vierten 80-Jährigen und Älteren zutrifft gegenüber etwa jedem Sechsten im Alter von 60-69 Jahren und lediglich jedem zehnten 17- bis 59-Jährigen.

Zunehmende Einbußen der Lebensqualität durch gesundheitsbedingte Beeinträchtigungen von Alltagsaktivitäten

Vor allem gesundheitsbedingte Beeinträchtigungen von Alltagsaktivitäten resultieren vielfach in unmittelbaren Lebensqualitätseinbußen. Während sich z.B. in Westdeutschland drei Viertel aller 17- bis 59-Jährigen (Ostdeutschland 68%) durch ihren Gesundheitszustand beim Treppensteigen gar nicht beeinträchtigt fühlen, sinkt dieser Anteil bereits auf unter 40% bei den 60- bis 64-Jährigen (Ostdeutschland 26%) und sogar bis auf lediglich 11% (Ostdeutschland 16%) bei den über 80-Jährigen, von denen nahezu jeder Zweite angibt, beim Treppensteigen sehr stark beeinträchtigt zu sein. Ganz ähnlich nimmt auch der Anteil derjenigen, die angeben, bei anstrengenden Tätigkeiten durch ihren Gesundheits-

Tabelle 2: Gesundheitsindikatoren nach Altersgruppen in Prozent (2002)

	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	17-59	60-64	65-69	70-74	75-79	80-99	17-59	60-64	65-69	70-74	75-79	80-99
Gesundheitszustand gegenwärtig												
Sehr gut	13	3	3	3	1	3	10	3	0	1	1	2
Gut	45	29	23	18	17	10	47	26	22	14	11	8
Zufriedenstellend	30	41	47	47	43	44	31	41	51	46	51	45
Weniger gut	10	20	22	24	28	28	10	21	22	31	31	32
schlecht	2	6	5	8	11	15	2	9	5	8	6	13
Beim Treppensteigen durch Gesundheitszustand												
Stark beeinträchtigt	5	17	22	25	39	48	5	24	21	33	33	46
Ein wenig beeinträchtigt	22	44	45	50	45	42	27	50	51	54	58	38
Gar nicht beeinträchtigt	73	39	33	25	15	11	68	26	28	13	10	16
Bei anstrengenden Tätigkeiten durch Gesundheitszustand												
Stark beeinträchtigt	8	25	27	34	40	53	7	28	27	37	39	52
Ein wenig beeinträchtigt	29	47	50	48	47	40	37	52	56	53	54	38
Gar nicht beeinträchtigt	62	28	23	18	13	7	55	20	17	10	8	9
Arztbesuche in letzten 3 Monaten	62	76	83	84	88	91	63	87	90	94	95	91
Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr	10	15	16	17	27	25	10	15	16	27	18	23
Niedergeschlagen in den letzten 4 Wochen	17	14	13	14	15	21	17	14	15	21	24	23
Körperliche Schmerzen in den letzten 4 Wochen	9	21	22	22	27	34	9	20	23	29	33	36
Einschränkung sozialer Kontakte wegen Gesundheit	6	8	9	9	12	18	5	11	8	17	18	24

Datenbasis: SOEP - eigene Berechnungen

zustand nicht beeinträchtigt zu sein, mit steigendem Alter rasch ab (Tabelle 2). Gesundheitsbedingte Einschränkungen sozialer Kontakte werden in relevantem Umfang erst im höheren Alter berichtet, in Westdeutschland von 12% (Ostdeutschland 18%) der 75- bis 79-Jährigen sowie 18% (Ostdeutschland 24%) der 80- bis 99-Jährigen.

Darüber hinaus kann die Lebensqualität aber auch durch Symptome körperlicher und psychischer Krankheiten stark beeinträchtigt werden, die ebenfalls mit steigendem Alter zunehmen: Niedergeschlagenheit ist offenbar eine Beeinträchtigung des Wohlbefindens, von dem im höheren Alter bis zu einem knappen Viertel der Befragten betroffen sind, das aber andererseits auch in der jüngeren Bevölkerung in nennenswertem Umfang (17%) verbreitet ist und hier sogar geringfügig häufiger vorkommt als bei den jüngeren Alten. Dagegen ist das Erleiden starker körperlicher Schmerzen, das von etwa einem Drittel der über 80-Jährigen berichtet wird, ein Symptom, das in West- und Ostdeutschland mit zunehmendem Alter gleichermaßen an Verbreitung gewinnt.

Die mit dem Alterungsprozess einhergehenden Gesundheitsbeeinträchtigungen manifestieren sich nicht zuletzt auch in der subjektiven Beurteilung des eigenen Gesundheitszustandes und in der Zufriedenheit mit der Gesundheit: Während in West- wie in Ostdeutschland lediglich 12% der 17- bis 59-Jährigen ihren Gesundheitszustand als ‚weniger gut‘

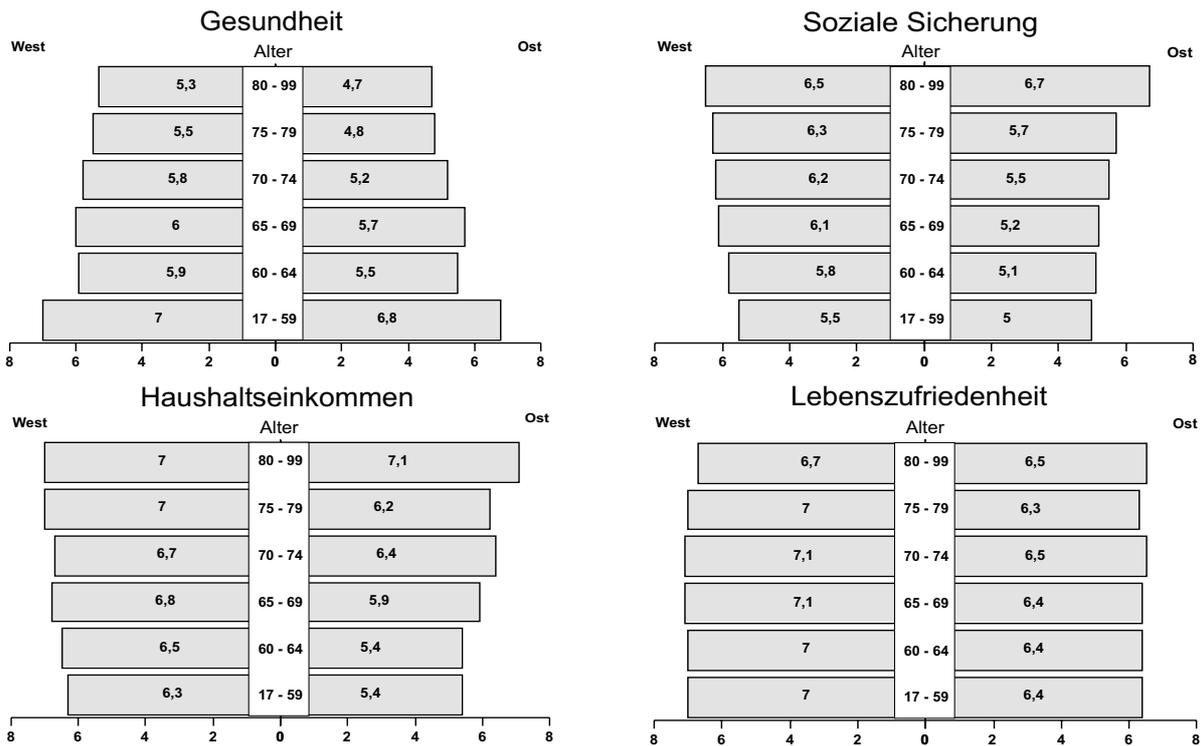
oder ‚schlecht‘ bezeichnen, gilt das für fast 40% der 75- bis 79-Jährigen sowie für mehr als 40% der über 80-Jährigen (Tabelle 2). Auch die Zufriedenheit mit der Gesundheit nimmt mit steigendem Alter deutlich ab: In Westdeutschland erreicht sie bei den 60- bis 64-Jährigen einen Wert von 5,9 auf einer von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Skala, gegenüber einem Wert von 7,0 bei den 17- bis 59-Jährigen und geht bei den über 80-Jährigen bis auf 5,3 zurück. In Ostdeutschland sind die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen den Altersgruppen noch drastischer (Grafik 2). Die Differenz in der Gesundheitszufriedenheit zwischen den über 80-Jährigen (4,7) und dem Durchschnitt der 17- bis 59-Jährigen (6,8) beträgt hier sogar mehr als zwei Skaleneinheiten.

Ältere Bevölkerung mit Einkommen überdurchschnittlich zufrieden

Die Zufriedenheit mit der Gesundheit ist gerade für ältere Menschen ein Aspekt, der das subjektive Wohlbefinden wesentlich mitbestimmt, stellt dabei aber dennoch nur eine Komponente neben anderen dar. Deutlich zufriedener als mit ihrer Gesundheit sind ältere Menschen mit ihrem Haushaltseinkommen. Das entspricht ihrer - bereits festgestellten - vergleichsweise günstigen faktischen Einkommenssituation und materiellen Lage. Die Population der 60-Jährigen und Älteren ist mit ihrem Haushaltseinkommen im Vergleich mit der jüngeren Bevölkerung überdurchschnitt-

lich zufrieden, wobei - besonders ausgeprägt in Ostdeutschland - die Zufriedenheit innerhalb der Altenbevölkerung sogar mit steigendem Alter weiter zunimmt (Grafik 2). Am zufriedensten sind die über 75-Jährigen mit einem Wert von 7,0 in Westdeutschland (Ostdeutschland 7,1) auf der von 0 bis 10 reichenden Skala gegenüber 6,5 (Ostdeutschland 5,4) bei den 60- bis 64-Jährigen. Während die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen in Westdeutschland im Vergleich zu 1991 in allen unterschiedenen Altersgruppen um ca. 0,5 Skaleneinheiten abgenommen hat, ist in Ostdeutschland in diesem Zeitraum ein deutlicher Anstieg zu beobachten, der sich in der ältesten Altersgruppe auf mehr als einen Skaleneinheit beläuft. Die für die Altenbevölkerung besonders ausgeprägten absoluten und relativen Einkommensverbesserungen schlagen sich auch in deutlichen Zufriedenheitsgewinnen nieder.

Auch mit der sozialen Sicherung sind ältere Menschen in West- wie in Ostdeutschland überdurchschnittlich zufrieden, wobei das diesbezügliche Zufriedenheitsniveau für alle Altersgruppen aber deutlich unter dem für das Haushaltseinkommen zu beobachtenden Zufriedenheitsniveau liegt. Die für die jüngeren Altersgruppen - im Vergleich zu den derzeitigen Rentnergenerationen - absehbare Verschlechterung der sozialen Sicherung schlägt sich auch in ihrer Zufriedenheit nieder: Das Niveau der Zufriedenheit mit der sozialen Sicherheit liegt in der Gruppe der 80- bis 99-Jäh-

Grafik 2: Zufriedenheit¹ mit dem Leben insgesamt und ausgewählten Lebensumständen nach Altersgruppen (2002)

¹ Skala von 0 = „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 = „ganz und gar zufrieden“.
Datenbasis: SOEP - eigene Berechnungen

rigen mit einem Wert von 6,5 in Westdeutschland um einen vollen Skalenpunkt höher als in der Population der 17- bis 59-Jährigen; in Ostdeutschland ist die Differenz mit 1,7 Skalenpunkten sogar noch ausgeprägter (Grafik 2).

Lebenszufriedenheit nimmt im Alter kaum ab

Die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt wird vielfach als ein globaler, viele einzelne Aspekte und Facetten der Lebensumstände und des Lebensverlaufs zusammenfassend bilanzierender Indikator für das subjektive Wohlbefinden verwendet. Wie Grafik 2 zu entnehmen ist, unterscheidet sich die Lebenszufriedenheit der älteren Bevölkerung entgegen der allgemeinen Erwartung kaum von jüngeren Altersgruppen. Eine geringfügig unter dem durchschnittlichen Niveau liegende Zufriedenheit ist allenfalls für die Hochbetagten zu beobachten, jedoch nur in Westdeutschland. Im Zeitverlauf ist für Westdeutschland ein leichter Rückgang der Lebenszufriedenheit für sämtliche Altersgruppen zu beobachten, in Ostdeutschland eine weitgehende Stabilität in der älteren Bevölkerung sowie ein Anstieg bei den 17- bis 59-Jährigen.

Der Versuch, mithilfe von regressionsanalytischen Methoden die Wirkungen und Einflussstärken ausgewählter Merkmale der Lebensumstände auf die Lebenszufriedenheit näher zu bestimmen, führt zu einigen bemerkenswerten Einsichten: Zunächst bestätigt sich die Erwartung, dass sich der Gesundheitszustand - gemessen über dessen subjektive Einschätzung - massiv auf die Lebenszufriedenheit auswirkt und die Stärke dieses Einflusses mit dem Lebensalter noch zunimmt. Daraus folgt gleichzeitig

auch, dass die Zufriedenheit mit dem Leben ceteris paribus mit dem Alter sogar zunimmt, wenn Verschlechterungen des Gesundheitszustandes kontrolliert werden. Wie nicht anders zu erwarten, mindert auch die Tatsache der Pflegebedürftigkeit - von der weit überwiegend ältere Alte betroffen sind - die Lebenszufriedenheit nachhaltig. Die Bedeutung des Einkommens - hier gemessen als relative Einkommensposition - für die Lebenszufriedenheit ist für die jüngere Bevölkerung beachtlich, nimmt aber mit zunehmendem Alter kontinuierlich ab und erweist sich in den höchsten Altersgruppen als nicht mehr signifikant; und anders als in den anderen Altersgruppen wirkt sich bei den über 80-Jährigen auch die West-Ost-Zugehörigkeit nicht auf die Lebenszufriedenheit aus. Überraschend ist vor allem der Befund, dass das Zusammenleben mit einem Ehe- oder sonstigen Partner - anders als üblicherweise angenommen - nur in der jüngeren Bevölkerung sowie bei den jüngeren Alten einen - wenn auch nur leichten - positiven Einfluss auf die Lebenszufriedenheit ausübt; in der Gruppe der über 70-Jährigen ist jedoch kein signifikanter Einfluss des Zusammenlebens mit einem Partner - weder positiv noch negativ - festzustellen⁴. Dieser Befund hat vielfältige Implikationen und wirft eine Reihe von Fragen für die weitere Forschung auf.

Lebensqualitätsdefizite im Alter vor allem immaterieller Art

Alles in allem machen die Ergebnisse deutlich, dass sich ältere Menschen in ihrer Lebensqualität in vielfacher Hinsicht - wenn auch nicht durchgängig und nicht nur negativ - von jüngeren unterscheiden. Insbesondere hin-

sichtlich ihres Einkommens und ihrer materiellen Verhältnisse geht es der älteren Bevölkerung in Deutschland derzeit vergleichsweise gut. Deutliche Verbesserungen ihrer absoluten und relativen Einkommensposition haben insbesondere die höheren Altersgruppen in den östlichen Bundesländern erfahren, was sich auch in ihrem subjektiven Wohlbefinden niederschlägt. Die aus gesellschaftspolitischer Sicht besonders interessierenden Defizite in der Lebensqualität älterer Menschen im Vergleich zu jüngeren Bevölkerungsgruppen betreffen vor allem die immateriellen Aspekte des Lebens. Neben den Beeinträchtigungen des Gesundheitszustandes und der individuellen Mobilität sind es insbesondere die - an dieser Stelle allerdings nicht näher betrachteten - Einschnitte in das soziale Netzwerk und Interaktionsgefüge, die altersspezifische Defizite der Lebensqualität darstellen. Deutliche Einbußen in der Lebensqualität stellen sich insbesondere bei den älteren Alten, d.h. den Altersgruppen ab 70 Jahren, ein, die sich von den jüngeren Alten hinsichtlich einer Vielzahl der verwendeten Indikatoren negativ unterscheiden.

Für manche Beobachter überraschend ist die auch im hohen Lebensalter nur unwesentlich sinkende Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt. In der Gesamtbilanz der Lebenszufriedenheit werden die im höheren Lebensalter negativ zu Buche schlagenden Aspekte - wie z.B. Beeinträchtigungen der Gesundheit - offenbar durch positiv bewertete Wohlfahrtskomponenten - wie z.B. eine im Durchschnitt vergleichsweise günstige materielle Lage - wenigstens teilweise kompensiert. Dass es älteren Menschen in der Regel anscheinend ge-

lingt, das Niveau ihres subjektiven Wohlbefindens weitgehend aufrechtzuerhalten, mag darüber hinaus jedoch auch auf Prozesse der Anpassung und der Revision von Wertorientierungen, d.h. der Reduzierung von Erwartungen und der Abwertung von in früheren Phasen des Lebenszyklus wichtigeren und der Höherbewertung von in früheren Lebensphasen weniger wichtigen Aspekten zusammenhängen. Auch wenn die vielfach gestellte Frage, ob die durch eine steigende Lebenserwartung gewonnenen Jahre lebenswert seien, pauschal kaum beantwortet werden kann, ist offensichtlich, dass ihre Qualität mit dem Gesundheitsstatus steht und fällt.

Brockmann, Hilke, 2000: Why is health treatment for the elderly less expensive than for the rest of the population? Health care rationing in Germany. MPIDR Working Paper WP 2000-001, Rostock.

Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation. Berlin.

Noll, Heinz-Herbert, Schöb, Anke, 2002: Lebensqualität im Alter. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.), Expertisen zum Vierten Altenbericht der Bundesregierung, Bd. 1. Hannover: Vincentz Verlag, S. 229-314.

Weick, Stefan, 1997: Querschnitt- und Längsschnittdaten in der Sozialberichterstattung. In: H.-H. Noll (Hg.), Sozialberichterstattung in Deutschland. Weinheim und München: Juventa Verlag, S. 294-311.

1 *Das Haushaltsäquivalenzeinkommen wird als gewichtetes Haushaltspro-Kopf-Einkommen berechnet, das der Zusammensetzung des Haushalts nach Größe und Alter der Haushaltsmitglieder Rechnung trägt. Als Gewichtungsfaktor wurde hier die sogenannte modifizierte OECD-Skala ver-*

wendet (1. erwachsene Person = 1; alle weitere Personen über 14 Jahre = 0,5; Personen bis 14 Jahre = 0,3).

- 2 *Für eine detaillierte Betrachtung der Zusammensetzung der Alterseinkommen vgl. den Beitrag von U. Bieber in diesem Heft.*
- 3 *Vgl. dazu Forschungsergebnisse aus dem Max-Planck-Institut für demographische Forschung (Brockmann 2000).*
- 4 *Diese Tatsache mag unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass der Tod eines Partners die Lebenszufriedenheit nur vorübergehend zu beeinträchtigen scheint, wie entsprechende Längsschnittanalysen ergeben haben (Weick 1997: 306ff.).*

■ **Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick**

Tel.: 0621/1246-241 und -245
noll@zuma-mannheim.de
weick@zuma-mannheim.de

Herausforderungen für die Lebensqualität in der gegenwärtigen Welt

Kongress der International Society for Quality-of-Life Studies (ISQOLS) 20.-24. Juli 2003 am Campus Westend in Frankfurt am Main

„Thank you for the „hot“ welcome here in Frankfurt“, bedankte sich Valerie Møller aus Grahamstown in Südafrika in ihrem Beitrag zur Eröffnungsveranstaltung für die mindestens 35 Grad im Schatten. Das heiße Sommerwetter war jedoch für viele der nahezu 300 Teilnehmer des internationalen Kongresses über Herausforderungen der Lebensqualität in der gegenwärtigen Welt keineswegs ungewohnt; kamen sie doch aus 40 Ländern aller Erdteile, von Argentinien und den USA über Nigeria bis zum Iran. In etwa 40 Einzelveranstaltungen stellten Vertreter verschiedener Wissenschaftsdisziplinen (Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften, Psychologie, Medizin u.v.a.m.) ihre neuesten Ergebnisse zu verschiedenen Aspekten der Lebensqualität vor. War auch die Zeit zu Diskussionen in den Panels oft knapp bemessen, boten dennoch die Pausen genügend Gelegenheit fächer- und länderübergreifend ins Gespräch zu kommen.

Im Vorfeld des Kongresses und in seinem Verlauf kristallisierten sich eine Reihe von Schwerpunkten heraus:

So wird etwa die Frage eines Zusammenhangs zwischen materiellem Wohlstand und subjektiver Lebenszufriedenheit nach wie vor strittig diskutiert - hierzu gab es eine Spezialveranstaltung, die auf Einladung ihres Präsidenten Ernst Welteke in der Deutschen Bundesbank stattfand. Zwar ist geklärt, dass der Zusammenhang nicht einfach linear ist, dass also höheres individuelles Einkommen nicht gleichermaßen mehr Zufriedenheit bedeutet. Dennoch ist im Allgemeinen Lebenszufriedenheit in

höheren Einkommensschichten weiter verbreitet, wobei der Einfluss anderer Faktoren noch nicht genügend erforscht ist. Außerdem glauben viele Menschen an diesen Zusammenhang. Das führte Aaron Ahuvia aus den USA zu der spannenden Neuformulierung der Forschungsfrage: „If money doesn't buy happiness, why do we act like it does?“ Lebensqualität in Entwicklungsländern und in den Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas war ein weiterer viel bearbeiteter Themenkomplex. Dort werden die unterschiedlichsten Untersuchungen durchgeführt, oft echte Pionierarbeiten. Der Kongress und die damit verbundenen Gespräche boten ein wichtiges Forum für den Erfahrungsaustausch der Forscher.

Eine immer größere Bedeutung gewinnt die Lebensqualitätsforschung in Bezug auf die Bereiche Gesundheit und Altern. Längst bemüht sich die Medizin, die Patienten nicht mehr nur mechanistisch als „Mensch-Maschinen“ zu betrachten, sondern bezieht deren subjektive Befindlichkeit in die Therapie mit ein. Der demographische Wandel - besonders in den westlichen Ländern - drängt das Alter als eigenständigen Lebensabschnitt in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Fragen der Mobilität, der wohnortnahen Versorgung, der Pflege und der sozialen Netzwerke gewinnen zunehmend an Bedeutung. Und aus diesem Grund wird dieser Zweig der Lebensqualitätsforschung auch wissenschaftlich zum „Wachstumsmarkt“. Große Aufmerksamkeit erhielten ländervergleichende Studien, die „Ranglisten“ der Lebensqualität von Staaten aufstellten. Je nachdem,

welche Kriterien zugrunde gelegt werden, erreicht Deutschland unterschiedlich gute Platzierungen: In Richard Estes' (USA) „World Social Report“, der weitgehend auf objektiven ökonomischen und gesellschaftlichen Indizes beruht, liegt Deutschland weltweit auf dem fünften Platz, lediglich hinter den skandinavischen Staaten. Zieht man subjektive Sichtweisen verstärkt heran, ändert sich das Bild: Ruut Veenhoven (Niederlande) und seine „World Database of Happiness“ sehen Deutschland, was die „Happy Life Years“ angeht, auf einem Platz im Mittelfeld. Die Spitzenposition belegt die Schweiz. Ähnliches zeichnet sich beim „International Well-Being Index“ ab, den eine Forschergruppe unter Leitung von Robert A. Cummins (Australien) entwickelt hat.

Das Medieninteresse war groß: Sowohl die schreibenden Journalisten als auch Hörfunkprogramme interessierten sich für die verschiedenen Themen und Vorträge. Es ist geplant, ein Buch mit den interessantesten Kongressbeiträgen herauszugeben. Mit der Fertigstellung ist im Jahr 2004 zu rechnen. Und die nächsten Weltkongresse von ISQOLS sind ebenfalls bereits in Planung: November 2004 in Philadelphia, USA, und Sommer 2006 in Südafrika.

■ **Matthias Stoffregen, Universität Frankfurt**
Tel.: 069/798-23531

stoffregen@soz.uni-frankfurt.de
weitere Informationen zum Kongress unter www.qualityoflife-2003.de

Nicht nur die Rente bestimmt das Einkommen im Alter

Ergebnisse zur monetären Alterssicherung in Deutschland

Oft werden Renten der gesetzlichen Rentenversicherung als Synonym für Alterseinkommen verwendet. Dabei fließen die Einkommen älterer Menschen aus unterschiedlichen Quellen. Von der Höhe der Renten in der Statistik der Versicherungsträger lässt sich nur bedingt auf das Nettoeinkommen der Rentner schließen. Zudem ist die Betrachtung der Einkommen von Ehepartnern für viele Fragestellungen nur auf Haushaltsebene aussagekräftig. Zuverlässige und differenzierte Informationen zur gesamten Einkommenssituation des älteren Bevölkerungsteils sind deshalb zur Vor- und Nachbereitung gesetzlicher Maßnahmen unabdingbar. Oft wird übersehen, was der jüngst erschienene Bericht der sogenannten Rürup-Kommission auf den Punkt bringt: Von der Höhe der Rente lässt sich im Einzelfall kein Rückschluss auf das Gesamteinkommen des Haushalts ziehen. Eine Datenbasis für differenzierte Analysen der Alterseinkommen stellt die Studie Alterssicherung in Deutschland (ASiD) dar. Sie wurde in den Jahren 1986, 1992, 1995 und 1999 von Infratest Sozialforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMA) (jetzt Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS)) durchgeführt¹.

ASiD: repräsentative Erhebungen zur Einkommenslage älterer Menschen

Die ASiD-Untersuchung umfasst Angaben zur Leistungshöhe und Verbreitung der Alterseinkommen aus allen dafür vorgesehenen Sicherungssystemen und sonstigen Quellen. Sie ermöglicht damit insbesondere die Beantwortung von Fragen zu Umfang und Kumulation von eigenen und abgeleiteten Leistungen aus einem oder mehreren Alterssicherungssystemen und zur Höhe der daraus resultierenden Einkommen sowohl auf der Ebene von Einzelpersonen als auch von Ehepaaren. Derartige Informationen sind in den Statistiken der jeweiligen Leistungsträger nicht enthalten. Dort fehlen auch ergänzende sozio-demographische Merkmale.

Als Grundgesamtheit der ASiD-Untersuchung wurde die Bevölkerung ab 55 Jahren definiert, so dass auch Analysen der Personen am Ende ihrer Erwerbsbiografie bzw. mit vorzeitigem Rentenbezug möglich sind. Die Auswahl der Fälle erfolgt über eine Stichprobenziehung aus den Registern ausgewählter Einwohnermeldeämter, die Erhebung über eine schriftliche Befragung, ersatzweise auch durch ein Face to Face- oder ein Telefon-Interview. Die Bruttostichprobe umfasst 45.000 Zielpersonen. Über eine kombinierte Hochrechnung und Gewichtung wird die Nettostichprobe an die Strukturen der Wohnbevölkerung nach Altersklassen, Geschlecht, Familienstand und Bundesland angepasst. Besonderes Augenmerk findet schließlich die Validierung der Einkommensstrukturen aus den verschiedenen Alterssicherungssystemen, die anhand aller zugänglichen prozessproduzierten Statistiken der Leistungsträger erfolgt.

Alterssicherung basiert auf Leistungen aus mehreren Systemen

Das Gesamtsystem der Alterssicherung ist vielfältiger als es die Metapher der „drei Säulen“ nahe legt. Statt vom Bild nebeneinander stehen-

der Säulen sollte man eher das von aufeinander aufbauenden Schichten gebrauchen. Das System setzt sich im Wesentlichen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der Beamtenversorgung, der Alterssicherung der Landwirte, der berufsständischen Versorgung, der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und der betrieblichen Altersversorgung der Privatwirtschaft zusammen. Daneben gibt es eine Vielzahl von Sonderregelungen für bestimmte Personengruppen (u.a. für Handwerker, Bergleute, Künstler in der Gesetzlichen Rentenversicherung) bzw. von besonderen Versorgungssystemen (z.B. die Hüttenknappschaft oder die Zusatzversorgung in der Land- und Forstwirtschaft). Diese Segmentierung von auf einzelne Berufsgruppen bezogenen Sicherungseinrichtungen wird in der international vergleichenden Forschung als typisch für den deutschen bzw. den kooperativistischen Wohlfahrtsstaat betrachtet (vgl. Esping-Andersen 1990).

Die Alterseinkommen resultieren auch aus privater Vorsorge, wozu grundsätzlich alle Einkommenszuflüsse aus Formen der privaten Vermögensbildung zählen. An dieser Stelle treten aber Abgrenzungs- und Bewertungsprobleme auf, und es ist bei Befragungen mit einer Untererfassung zu rechnen. Als Kompromiss zwischen Genauigkeit, Nachvollziehbarkeit und den praktischen Erhebungsgrenzen einer Befragung wurde in der ASiD-Studie folgende Linie entwickelt: Einnahmen aus Lebens- oder privaten Rentenversicherungen, Zinseinnahmen, Dividenden aus Sparbüchern oder Wertpapieren sowie Einnahmen aus Vermietung oder Verpachtung werden als Einkommensströme erfragt. Selbstgenutztes Wohneigentum wird dagegen nicht als monetarisierte Größe, sondern als dichotomes Merkmal („vorhanden“ oder „nicht vorhanden“) erfasst. Außerdem hält das Erhebungsinstrument fest, ob der Befragte vorhandenes Vermögen einsetzen muss, weil das laufende Einkommen nicht ausreicht.

Kleine Rente bedeutet keineswegs niedriges Einkommen

Für die überwiegende Mehrheit der Rentner haben die Leistungen der GRV eine zentrale Funktion. Dennoch erlaubt eine niedrige Leistungshöhe keinen Rückschluss auf die Einkommenssituation. Das liegt daran, dass die Rente sowohl Haupt- als auch Nebeneinkommen sein kann, insbesondere wenn man Ehepaare betrachtet.

ASiD'99 liefert hierzu folgende Informationen für Personen ab 65 Jahren:

- Verheiratete Männer mit eigener GRV-Rente unter 300 € verfügen zusammen mit ihrer Ehefrau in den alten Ländern im Durchschnitt über ein Nettoeinkommen von 1.948 € monatlich. Für die neuen Länder werden fast keine verheirateten Männer mit einer Rente unter 300 € nachgewiesen.
- Allein stehende Männer mit eigener GRV-Rente unter 300 € haben in den alten Ländern im Durchschnitt ein Nettoeinkommen von 1.379 € monatlich.
- Verheiratete Frauen mit eigener GRV-Rente von unter 300 € verfügen zusammen mit ihrem Ehemann und dessen Einkommen im Durchschnitt über ein Nettoeinkommen von 1.789 € im Monat in den alten Ländern und in den neuen Ländern über 1.484 €.
- Allein stehende Frauen, also ledige, geschiedene und verwitwete Frauen, mit eigener GRV-Rente von unter 300 € beziehen in den alten Ländern im Durchschnitt ein Nettoeinkommen von 971 € monatlich und in den neuen Ländern von 837 €.

Eine Vielzahl niedriger Renten sagt also nichts über die Höhe des Nettoeinkommens von Senioren aus. Unter den Beziehern von Kleinstrenten befinden sich frühere Selbstständige oder Beamte mit ausreichender privater Absicherung oder Pension sowie über den Ehepartner abgesicherte Personen. Dies zeigt, dass eine isolierte Betrachtung der Einkommen aus jeweils einem Alterssicherungssystem zu kurz greift. Bei genauem Hinschauen stellt sich nämlich heraus, dass es eine Vielzahl möglicher Kombinationen der Leistungen aus den einzelnen Sicherungssystemen gibt.

Kumulation von Alterssicherungsleistungen nur im Westen

Eine Person kann eigene und/oder abgeleitete Leistungen aus einem oder mehreren Systemen beziehen. Unter „eigenen“ Leistungen sind solche zu verstehen, die aus der eigenen Anwartschaft resultieren, während abgeleitete Leistun-

Tabelle 1: Häufige Kumulationsformen von eigenen und abgeleiteten Alterssicherungsleistungen

Gebiet / Geschlecht	(in % der jeweiligen Personengruppe) Basis: 65-Jährige und ältere Personen									
	nur eig. GRV	eig. GRV & abgeleitete GRV	eig. GRV & eig. BAV	eig. GRV & eig. ZÖD	Keine ASL	nur eig. BV	eig. GRV & eig. BV	nur eig. AdL	Sonstige	Summe
Alte Bundesländer										
Insgesamt	36	14	12	7	5	2	2	1	21	100
Männer	41	1	26	10	2	5	5	3	7	100
Frauen	32	22	3	5	7	1	0	0	30	100
Neue Bundesländer										
Insgesamt	65	32	0	0	0	0	0	0	3	100
Männer	90	7	0	0	1	0	0	0	2	100
Frauen	50	47	0	0	0	0	0	0	3	100

Abkürzungen:

GRV Gesetzliche Rentenversicherung
 BAV Betriebliche Altersversorgung
 ZÖD Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes
 BV Beamtenversorgung
 ASL Alterssicherungsleistung
 AdL Alterssicherung der Landwirte

Quelle: ASiD '99, Alterssicherungsbericht 2001, DS 14/7640, S. 82.

gen Hinterbliebenenleistungen aus der Anwartschaft des verstorbenen Ehepartners darstellen. Von den Personen ab 65 Jahren sind es in den alten Bundesländern 36% und in den neuen 65%, die lediglich eine eigene Rente aus der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) empfangen (Tab. 1). Die häufigste Kumulationsform ist das Zusammentreffen einer eigenen Rente aus der GRV und einer Hinterbliebenenrente aus diesem System (alte Länder: 14%, neue Länder: 32%). In den neuen Ländern spielen zusätzliche Systeme neben der GRV bislang kaum eine Rolle. Die Anwartschaftssysteme der DDR wurden in die GRV überführt. Die anderen Systeme wurden erst nach und nach im Laufe der 90er Jahre eingeführt, Anwartschaften können erst seitdem erworben werden.

Zu den Zusatzeinkommen sind nicht nur Einkommen zu zählen, die aus systemgestützten Anwartschaften resultieren und als solche kumulieren, auch das aus privater Vorsorge stammende Einkommen gehört dazu.

Mehrheit bezieht Zusatzeinkommen zur GRV-Rente

Im Folgenden werden ehemalige Arbeiter und Angestellte ab 65 Jahren betrachtet, und es wird dargestellt, inwieweit in diesem Personenkreis zusätzliche Einkommensquellen verbreitet sind. Andere Gruppen von GRV-Rentenbeziehern, z.B. mit letzter beruflicher Stellung als Selbstständige, Landwirte oder Beamte, werden an dieser Stelle aus systematischen Gründen nicht einbezogen. Für sie stellt die GRV meist nicht die Hauptquelle der Alterssicherung dar.

Tabelle 2 verdeutlicht, dass 73% der Personen, die als letzte berufliche Stellung Arbeiter oder Angestellter angaben, über Zusatzeinkünfte neben einer eigenen GRV-Rente von im Durchschnitt 533 € verfügen. In den alten Ländern erhalten 51% der Männer eigene Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung der Privat-

wirtschaft oder aus der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes; bei den Frauen waren dies nur 18%. In den neuen Ländern spielt diese Form der Alterssicherung derzeit kaum eine Rolle. Bezüglich der in der ASiD '99 erfassten Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Zinserträgen, Lebensversicherungen und privaten Rentenversicherungen ist bemerkenswert, dass der Verbreitungsgrad bzw. die Bereitschaft,

diese im Rahmen einer Befragung anzugeben, in den neuen Ländern etwas höher ist als in den alten Ländern. Der Umfang beläuft sich aber nur auf etwa ein Viertel bis ein Fünftel der angegebenen Beträge in den alten Ländern. Für Frauen haben neben eigenen GRV-Renten vor allem abgeleitete Renten eine große Bedeutung, darunter dominieren die GRV-Witwenrenten.

Aus sozialpolitischer Perspektive wird eine vom Ehepartner abgeleitete Sicherung von Frauen vielfach als nicht ausreichend angesehen. Daraus resultiert die Relevanz „eigener“ bzw. persönlicher Einkommen von Ehefrauen.

Zahl der Frauen mit eigenem Alterseinkommen nimmt zu

Über ein persönliches Einkommen verfügen in den alten Ländern laut der Erhebung von 1992 gut drei Viertel aller Ehefrauen. Bezogen auf alle Ehefrauen, d.h. einschließlich der Ehefrauen, die kein eigenes Einkommen haben, beläuft sich das persönliche Bruttoeinkommen 1999 auf rd. 404 €. Betrachtet man die Anteile, die beide Ehepartner zum Haushaltseinkommen beitragen, so bedeutet dies, dass die Ehefrau rd. 28% des Bruttoeinkommens (haushaltsbezogene Einkommen wurden gleichmäßig aufgeteilt) einbringt. Die Einkommenssituation der älteren Ehepaare wird also nach wie vor – zumindest im Durchschnitt – vom Einkommen des Ehemanns bestimmt. Dem gegenüber ist der Anteil der Frauen mit eigenem persönlichen Einkommen im Vergleich zur ersten ASiD-Erhebung

Tabelle 2: Zusätzliche Einkommen von ehemaligen Arbeitern und Angestellten ab 65 Jahren mit eigener GRV-Rente im Jahr 1999

	Insgesamt	Alte Länder		Neue Länder	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
Anzahl					
Bezieher einer eigenen GRV-Rente	9.279.551	2.838.718	4.287.220	787.290	1.366.323
		in Prozent			
Anteil der Bezieher					
Eigene private/öffentl. Zusatzversorgung	24	51	18	2	1
Andere eigene Renten	5	11	2	10	1
Abgeleitete Renten/Pensionen	31	3	49	7	48
Eink. aus u.a. Vermietung, Zinserträgen, Lebensvers.	39	42	36	47	37
Zusatzeinkünfte insgesamt	73	72	78	56	71
		in Euro			
Bruttobetrag je Bezieher / Monat					
Eigene GRV-Rente	788	1.226	469	1.175	653
Eigene private/öffentl. Zusatzversorgung	329	382	234	— ¹⁾	— ¹⁾
Andere eigene Renten	316	357	228	262	— ¹⁾
Abgeleitete Renten/Pensionen	707	217	781	204	576
Eink. aus u.a. Vermietung, Zinserträgen, Lebensvers. ²⁾	181	206	236	51	48
Zusatzeinkünfte insgesamt	533	458	664	124	423
Bruttoeinkommen der Person	1.200	1.595	1.004	1.255	961

¹⁾ Nicht aufgeführt, weil statistisch unzureichend gesichert. Nicht hochgerechnete Fallzahl kleiner als 50.

²⁾ Haushaltsbezogene Einkommen wurden bei Ehepaaren je zur Hälfte den beiden Ehepartnern zugeordnet.

Tabelle 3: Beitrag der Ehefrau zum Bruttogesamteinkommen Ehepaare mit Ehemann ab 65 Jahren

Gebiet/Jahr	Anteil der Ehefrauen mit persönlichem Einkommen in %	Durchschnittliches monatliches Einkommen in €	Anteil am Bruttogesamteinkommen des Ehepaares in %
Alte Länder	1986	191	27
	1992	298	24
	1995	326	25
	1999	404	28
Neue Länder	1992	440	38
	1995	590	36
	1999	665	35

Quelle: ASiD '99, eigene Berechnung.

1986 angestiegen, was in erster Linie auf die Einführung von Leistungen zur Kindererziehung, die zwischen den Erhebungsjahren 1986 und 1992 erfolgte, zurückzuführen ist.

In den neuen Ländern verfügen fast alle Ehefrauen über ein eigenes Einkommen, das darüber hinaus mit rd. 35% deutlicher zum Einkommen des Ehepaares beiträgt.

Zudem ist interessant, dass die Höhe der Nettoeinkommen von Frauen tendenziell mit der Anzahl der Kinder sinkt, vor allem in den alten Ländern. Allein stehende Frauen im Alter ab 65 Jahren ohne Kinder verfügen 1999 in den alten Ländern im Durchschnitt über ein monatliches Nettoeinkommen von 1.166 €, das mit zunehmender Kinderzahl bis auf 1.054 € bei allein stehenden Frauen mit 4 oder mehr Kindern sinkt. Bei verheirateten Frauen liegen die entsprechenden Werte noch weiter auseinander, bei 650 € (ohne Kinder) und 429 € (4 oder mehr Kinder). Auch auf Ehepaarebene gilt noch: mit steigender Anzahl der Kinder sinkt das durchschnittliche Alterseinkommen der Ehepaare. Die gegenüber kinderlosen Frauen geringeren Einkommen der Mütter werden demnach also durch die Väter nicht ausgeglichen. In den neuen Ländern sind diese kinderbedingten Differenzen weniger ausgeprägt und bei allein stehenden Frauen gar nicht vorhanden. Bei allen Unterschieden in der Zusammensetzung der Alterseinkommen zwischen Ost und West kommt den Unterschieden in der Höhe der Einkommen die größte Bedeutung zu.

Ost/West-Unterschiede der Einkommenshöhe verringern sich

Nach den Ergebnissen der ASiD 1999 verfügen in den alten Ländern Ehepaare mit einem Ehemann ab 65 Jahren über ein durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen von 1.997 €, allein stehende Männer über 1.391 € und allein stehende Frauen über 1.115 € (Tab. 4).

Die Nettoeinkommen in den neuen Ländern liegen 1999 schon nahe an denen in den alten Ländern. Es ergeben sich für Ehepaare 1.783 €, für allein stehende Männer 1.178 € und für allein stehende Frauen 1.035 €. Je nach Haushaltstyp wird damit eine Ost-West-Relation zwischen 73% bei den ledigen Frauen und 98% bei den Witwen erreicht. In einem Vergleich mit den alten Ländern wird deutlich, wie sich in der Zeit

zwischen 1992 und 1999 in den neuen Ländern das Einkommen erhöht hat. Das Nettoeinkommen der älteren Bevölkerung hat sich in den neuen Ländern von 1992 auf 1999 für alle Haushaltstypen stärker erhöht als in den alten Ländern. Auch im Zeitraum von 1986 bis 1999 ist das Einkommen der älteren Bevölkerung in den alten Ländern nicht in dem Ausmaß gestiegen wie dies für die neuen Länder zwischen 1992 und 1999 zu beobachten war².

Die Betrachtung von Durchschnittsbeträgen allein führt manchmal zu falschen Schlussfolgerungen. Da hinter einem Durchschnittsbetrag grundverschiedene Verteilungen stehen können, ist auch die Betrachtung von Verteilungseigenschaften erforderlich.

Verteilung der Alterseinkommen

Die Einkommensschichtung wird zunächst für allein stehende Männer und Frauen sowie Ehepaare getrennt betrachtet. Anschließend werden die Einkommen der Verheirateten in sogenannte Äquivalenzeinkommen umgerechnet, um sie für Alleinstehende und Verheiratete vergleichen zu können.

Generell ist festzustellen, dass sich die Verteilungen in beiden Teilen Deutschlands erheblich voneinander unterscheiden:

- Die Einkommensverteilung in den neuen Ländern konzentriert sich bei den Ehepaaren auf den Bereich 1.000 € - 2.500 € (95%) und bei den Alleinstehenden auf den Bereich 500 € - 1.500 €. 84% der Männer und 92% der Frauen befinden sich dort.
- Nettoeinkommen über 2.500 € sind in den

neuen Ländern nur bei etwa 4% der Ehepaare und 1% der allein stehenden Männer zu verzeichnen. In den alten Ländern bezogen dagegen 19% der Ehepaare, 5% der allein stehenden Männer und 2% der allein stehenden Frauen Einkommen in dieser Größenordnung.

- Niedrige Einkommen sind eher in den alten Ländern als in den neuen, eher bei Alleinstehenden als bei Ehepaaren und eher bei allein stehenden Frauen als bei allein stehenden Männern zu beobachten. Etwa 14% (alte Länder) bzw. 7% (neue Länder) der Alleinstehenden (ab 65 Jahren) verfügen über weniger als 625 € monatlich. Bei allein stehenden Männern in den alten Ländern trifft dies auf 9% zu, bei allein stehenden Frauen auf 15%. In den neuen Ländern sind es 8% der allein stehenden Frauen und 3% der allein stehenden Männer, die nur über geringe Einkommen verfügen. Rund 6% (alte Länder) bzw. 0,4% (neue Länder) der Ehepaare (mit Mann ab 65 Jahren) müssen im Monat mit weniger als 875 € Nettoeinkommen auskommen.

Durch gemeinsames Wirtschaften in Mehrpersonenhaushalten entstehen Einsparungen im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten von Einpersonenhaushalten. Um den gleichen Lebensstandard wie ein Einpersonenhaushalt zu erreichen, reicht für ein Paar bereits ein geringeres als das doppelte Einkommen. Verwendet man die neue OECD-Skala, um diesen „economies of scale“ genannten Effekt zu berücksichtigen und das Einkommen von Alleinstehenden und Ehepaaren vergleichbar zu machen, ergibt sich das in Grafik 1 dargestellte Bild. Es ist zu erkennen, dass sich die Verteilungen zwischen den alten und neuen Ländern in dem doch relativ kurzen Zeitraum zwischen 1992 und 1999 stark angeglichen haben.

Position im gesamten Einkommensgefüge und Armutsrisiko

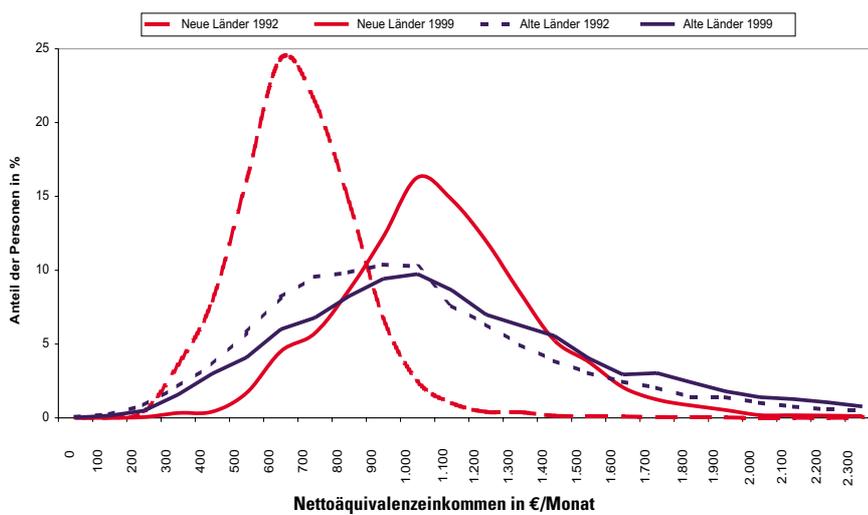
Im Allgemeinen ist die wirtschaftliche Lage der Senioren derzeit als vergleichsweise gut zu bezeichnen. Zur Beibehaltung des während des Arbeitslebens erreichten Lebensstandards wird im Allgemeinen ein geringeres Einkommen als in der Erwerbsphase benötigt, denn ältere Menschen haben meist geringere familiäre Verpflichtungen, müssen keine arbeitsbezogenen Ausga-

Tabelle 4: Nettogesamteinkommen im Alter ab 65 Jahren nach Haushaltstyp

Haushaltstyp	Alte Länder			Neue Länder		
	1999 in €	Anstieg 1992/99 in %	Anstieg 1986/99 in %	1999 in €	Anstieg 1992/99 in %	1999 % von West
Ehepaare	1.997	11	45	1.783	55	89
allein steh. Männer	1.391	6	43	1.178	66	85
allein steh. Frauen	1.115	12	48	1.035	59	93
davon:						
Witwen	1.125	13	47	1.108	64	98
geschiedene Frauen	954	5	44	751	42	79
ledige Frauen	1.138	12	63	829	42	73

Quelle: ASiD '99, eigene Berechnung.

Grafik 1: Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen von Personen ab 65 Jahren - in den alten und neuen Ländern



Quelle: ASiD '99, eigene Berechnung.

ben mehr bestreiten und sind mit höherer Wahrscheinlichkeit Eigentümer ihrer Wohnung.

Die ASiD-Studie erlaubt selbst keinen Vergleich der Einkommen älterer Menschen mit denen anderer Altersgruppen, da sie speziell auf diesen Personenkreis ausgerichtet ist. Folgt man aber einer aktuellen Auswertung des Sozio-ökonomischen-Panels, so zeigt sich, dass Personen über 65 Jahre im Vergleich zur gesamten Bevölkerung ein nur leicht unterdurchschnittliches Einkommen beziehen; der Anteil bezogen auf das mittlere Einkommen der Gesamtbevölkerung beträgt danach 91% (vgl. Grabka/Frick/Meinhardt/Schupp 2003). Im europäischen Vergleich ist die Einkommensposition der über 65-Jährigen in Deutschland gemessen am Verhältnis zum nationalen Durchschnitt zusammen mit der in Luxemburg, den Niederlanden und Italien am besten (vgl. Eurostat 2002). Das Armutsrisiko der Älteren in Deutschland liegt deutlich unter dem Durchschnitt aller 15 Mitgliedstaaten der EU (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003).

Neue Ergebnisse Anfang 2005

Für die Beurteilung der Einkommenslage im Alter ist ein umfassender Ansatz erforderlich. Neben der Einordnung in das gesamte Einkommensgefüge zur Bestimmung der relativen Position und des Armutsrisikos der Älteren und internationalen Vergleichen, die an Bedeutung gewinnen, bleiben die durchschnittliche Höhe, Zusammensetzung und Verteilung der Alterseinkommen sowie ihre Determinanten von großem Interesse. Die Daten der vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung in Auftrag gegebenen Untersuchung „Alterssicherung in Deutschland“ bieten einen ausführlichen Überblick über das letztgenannte Feld. Aus der aktuellen Debatte über die Gestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung sind diese Daten nicht mehr wegzudenken. Sie bewahren vor falschen Schlussfolgerungen, wenn die Leistungen aus einem Alterssicherungssystem allein betrachtet werden und lassen sich vielfäl-

tig einsetzen. Ob die Neuregelung der Besteuerung von Alterseinkünften, die Differenzierung der Rentenanpassung nach der Rentenhöhe, die Reform des Versorgungsausgleichs oder die Anrechnungszeiten wegen Schul-, Fach- oder Hochschulbildung, die ASiD-Daten konnten im vergangenen Jahr zu vielen aktuellen Themen einen zusätzlichen Erkenntniswert liefern. Mit Spannung werden deshalb auch die Ergebnisse aus der jüngsten Erhebung erwartet, mit denen Anfang des Jahres 2005 zu rechnen ist.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Alterssicherungsbericht 2001.

Esping-Andersen, Gosta, 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.

Eurostat (Hrsg.), *Europäische Sozialstatistik, Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung, Zweiter Bericht, Daten 1994-1997, Seite 43, Luxemburg 2002*.

Grabka, Markus, Frick, Joachim, Meinhardt, Volker, Schupp, Jürgen, *Ältere Menschen in Deutschland: Einkommenssituation und ihr möglicher Beitrag zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung*, in: *Wochenbericht des DIW 12/2003*.

Infratest Sozialforschung, *Alterssicherung in Deutschland 1999 (ASiD '99), Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse*, München 2001.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, *Gemeinsamer Bericht des Rates und der Kommission über angemessene und nachhaltige Renten*, Brüssel 2003.

1 Die Mikrodaten wurden dem Zentralarchiv zur Verfügung gestellt und sind somit für interessierte Forscher zugänglich. Die jüngste Erhebung ist im Spätsommer 2003 gestartet.

2 vgl. den Beitrag von H.-H. Noll und S. Weick in diesem Heft.

■ **Ulrich Bieber,**
Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS), Bonn
Tel.: 01888/441-2557
ulrich.bieber@bmgs.bund.de

„Zeitbudgetstudien – Informations- und Analysepotential für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung“

Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren

Mannheim, 11. und 12. März 2004

Diese Veranstaltung bietet eine Einführung in das Instrument „Zeitbudgetstudien“ sowie einen Einblick in ausgewählte Datengrundlagen (z.B. die Zeitbudgetstudien des Statistischen Bundesamtes von 1991/92 und 2001/02) und Auswertungsmöglichkeiten. Außerdem werden Analysen aktueller Zeitbudgetdaten zu verschiedenen Themen, wie z.B. Lebensbedingungen und Zeitverwendung, geschlechtsspezifische Unterschiede in der Zeitverwendung und Zeit für Mobilität vorgestellt. Dabei wird das Informations- und Analysepotential für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung herausgestellt.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Dr. Caroline Kramer (Tel.: 0621/1246-244; Email: kramer@zuma-mannheim.de) oder an Dr. Stefan Weick (Tel.: 0621/1246-245; Email: weick@zuma-mannheim.de), die den Workshop organisieren und betreuen.

Anmeldungen nimmt das ZUMA-Tagungssekretariat entgegen (workshop@zuma-mannheim.de, Tel.: 0621/1246-221). Anmeldeschluss ist der 29. Februar. Für die Teilnahme wird eine Gebühr von 120,- Euro erhoben.

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
[http://www.gesis.org/dauerbeobachtung/
sozialindikatoren/](http://www.gesis.org/dauerbeobachtung/sozialindikatoren/)

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Caroline Kramer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Veranstaltungen der Sektion Soziale Indikatoren auf dem 32. DGS-Kongress in München

- Call for Papers -

Der diesjährige Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie findet vom 4. bis 8. Oktober 2004 in München statt. Das Thema des Kongresses lautet: „Soziale Ungleichheit - kulturelle Unterschiede“. Die Sektion Soziale Indikatoren ist in diesem Rahmen Organisator bzw. Mitorganisator von zwei Veranstaltungen.

Plenarveranstaltung in Kooperation mit der Sektion Medizin- und Gesundheitssoziologie:

„Gesundheit, Lebensstile und Ungleichheit: Indikatoren und Analysen im Kontext politischer Diskussionen“ (Do. 7. Oktober, 11.00-13.00 Uhr)

Für die allgemeine soziologische Diskussion des Zusammenhangs sozialer Ungleichheit und kultureller Unterschiede ist der Bereich „Gesundheit“ von exemplarischer Bedeutung: Wie in keinem anderen Bereich finden hier Gleichheitsziele und -normen allgemeine Anerkennung. Zudem werden hier auch selbstgewählte Lebensstile nicht nur häufig als Erklärung für differentielle Morbidität und Mortalität in Anspruch genommen, sondern spielen auch in der politischen Diskussion über eine Neugestaltung der Gesundheitsversorgungssysteme eine zunehmend wichtige Rolle. Die Veranstaltung soll ein Forum bieten, Fragen der sozialen Ungleichheit im Bereich der Gesundheit und der Gesundheitsversorgung in ihren verschiedenen Dimensionen zu erörtern und in ihren politischen Konsequenzen zu diskutieren. Theoretische, konzeptuelle und indikatorengestützte empirische Analysen zu klassen-, schicht- regions-, kohorten- und geschlechtsspezifischer sowie ethnischer Ungleichheit in Gesundheitszustand oder Lebenserwartung und ihre soziologische Erklärung sind besonders erwünscht. Das gilt ebenfalls für Beiträge, die derartige Ungleichheiten als Gegenstand der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung thematisieren und in ihren politischen Konsequenzen, z.B. für Generationengerechtigkeit und Lastenverteilung untersuchen. Von besonderem Interesse sind zudem Analysen zu den distributiven Konsequenzen der aktuellen gesundheitspolitischen Reformen.

Vortragsangebote für diese Veranstaltung richten Sie bitte bis zum 15. März 2004 (Thema und 1-3 seitiges Exposé) an die für diese Veranstaltung benannten Juroren Prof. Dr. Klaus Hurrelmann (Universität Bielefeld, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld; Tel.: 0521/106-3834; Fax: 0521/106-6433; e-mail: klaus.hurrelmann@uni-bielefeld.de) und Dr. Heinz-Herbert Noll (ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Tel.: 0621/1246-241, Fax: 0621/1246-100, e-mail: noll@zuma-mannheim.de).

Sektionsveranstaltung:

„Einkommen, Ausgaben und Lebenslagen: Soziale Ungleichheit oder differentielle Lebensführung?“ (genauer Termin noch offen)

Mit diesem Thema wird die Frage aufgeworfen in welchem Maße und in welcher Weise Einkommen, Konsumausgaben und Lebenslagen als Ausprägungen sozialer Ungleichheit und/oder differentiellen Lebensstilen und Formen der Lebensführung zu betrachten sind. Gegenstand der Veranstaltung sind zudem die vielfältigen Beziehungen zwischen diesen Merkmalen und die sich daraus ergebenden Konfigurationen. Angesprochen sind damit Analysen zur Verteilung von und den Zusammenhängen zwischen Einkommen, Ausgaben und Lebenslagen, zu Armut und Prozessen der Exklusion, aber auch zu Wertorientierungen und Lebensstilen in Bezug auf Einkommenserwerb und Konsum. Besonders erwünscht sind empirische Beiträge zu den genannten Fragen.

Vortragsangebote für diese Veranstaltung richten Sie bitte bis zum 2. April 2002 (Thema und 1-seitiges Abstract) an den Sprecher der Sektion Soziale Indikatoren Dr. Heinz-Herbert Noll, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Tel.: 0621/1246-241, Fax: 0621/1246-100, e-mail: noll@zuma-mannheim.de